

## Tarifpolitischer Halbjahresbericht

### Eine Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2013

von Reinhard Bispinck und WSI-Tarifarchiv

1. Übersicht .....	1
2. Ergebnisse im gesamtwirtschaftlichen Überblick.....	6
3. Ausgewählte Tarifrunden .....	9
3.1 Öffentlicher Dienst - Länder .....	9
3.2 Metall- und Elektroindustrie .....	12
3.3 Bewachungsgewerbe .....	15
4. Ausblick .....	18

#### Anhang

Grafik, Tabellen, Übersichten

- Abschlussraten
- Jahresbezogene Erhöhungen
- Grundvergütung und Tarifniveau Ost/West
- Tarifliche Mindestlöhne nach dem AEntG
- Ausgewählte Tarifabschlüsse

Düsseldorf, Juli 2013

Tarifinfos im Internet:  
[www.tarifvertrag.de](http://www.tarifvertrag.de)

Wirtschafts- und  
Sozialwissenschaftliches  
Institut in der  
Hans-Böckler-Stiftung  
(WSI)

Verantwortlich:  
Prof. Dr. Brigitte Unger

Redaktion:  
Dr. Reinhard Bispinck  
WSI-Tarifarchiv

Hans-Böckler-Stiftung  
Hans-Böckler-Str. 39  
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 7778-248

Fax: 0211 / 7778-250

E-Mail: [tarifarchiv@wsi.de](mailto:tarifarchiv@wsi.de)

[www.tarifvertrag.de](http://www.tarifvertrag.de)

ISSN 1861 - 1842

## 1. Übersicht

*Die Tarifrunde 2013 ist bereits zur Jahresmitte in weiten Teilen abgeschlossen. Für viele große und auch kleinere Branchen und Tarifbereiche liegen bereits Abschlüsse vor, die eine fundierte Zwischenbilanz des Tarifjahres erlauben. Die Ergebnisse zeigen, dass sich zwar die Abschlussraten im Vergleich zum Vorjahr etwas verringert haben, die jahresbezogene Tarifierhöhung hat sich dennoch geringfügig erhöht. Der neutrale Verteilungsspielraum wurde bislang ausgeschöpft. Die Tariflöhne und -gehälter werden in diesem Jahr preisbereinigt voraussichtlich um etwa 1 % steigen.*

Die **wirtschaftlichen Rahmenbedingungen** der Tarifrunde waren durchwachsen: Ähnlich wie bereits im vergangenen Jahr hatte sich die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland im Vorfeld deutlich verschlechtert. Im letzten Quartal 2012 war das Bruttoinlandsprodukt um 0,6 % zurückgegangen. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt war 2012 auf den ersten Blick stabil, der Rückgang der Arbeitslosigkeit beruhte jedoch allein auf der guten Entwicklung des vergangenen Jahres, die Arbeitslosigkeit stieg im Jahresverlauf und auch im ersten Halbjahr 2013 an (BA 2012, 47). Für das laufende Jahr sahen die Konjunkturprognosen nur ein schwaches Wachstum von unter einem Prozent vorher. Die zum Teil massive Rezession in Europa, die von den südeuropäischen Krisenländern auf weitere Länder wie Frankreich, Niederlande und Großbritannien übergriff, beeinflusste die hiesige Debatte nur am Rande. Während die Mainstream-Ökonomen einen lohnpolitischen Verteilungsspielraum von rund zwei Prozent sahen, plädierten keynesianische Ökonomen wie Peter Bofinger für einen Zuschlag von zwei Prozent zur Euro-Rettung und sprachen sich für gesamtwirtschaftliche Lohnsteigerungen von um die 5 Prozent aus.<sup>1</sup> Diese stärkere Lohnsteigerung sollte über die wachsende Binnennachfrage eine Stabilisierungsfunktion für die europäische Wirtschaftsentwicklung wahrnehmen. Eine stärkere Lohnentwicklung in Deutschland ist auch längerfristig zwingend erforderlich, um die großen Leistungsbilanzungleichgewichte im Euroraum schneller abzubauen (Stein et al. 2012). In der lohn- und verteilungspolitischen Diskussion der Gewerkschaften spielten im Umfeld der diesjährigen Tarifrunde die wachsenden Probleme im Niedriglohnsektor und das Lohndumping in bestimmten Branchen ebenso eine Rolle wie die generelle Spreizung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse (Brenke/Wagner 2013).

Die **Lohn- und Gehaltsforderungen** der Gewerkschaften bewegten sich in der diesjährigen Tarifrunde zwischen 5 und 6,6 % und damit auf etwas niedrigerem Niveau als im Vorjahr. Das wichtigste Signal kam zweifellos von der IG Metall. Mit ihrer Tarifforderung von 5,5 % für 12 Monate für die Metallindustrie blieb sie einen Prozentpunkt unter ihrer Vorjahresforderung. Daraus konnte man entnehmen, dass ein Abschluss in Vorjahreshöhe nicht um jeden Preis angestrebt wurde. Ebenfalls 5,5 % wurden gefordert bei Volkswagen und im Kfz-Gewerbe. Darunter blieben noch die Eisen- und Stahlindustrie, die Holz- und Kunststoffindustrie und die ostdeutsche Textilindustrie mit einer gewerk-

---

<sup>1</sup> Spiegel Online: „Peter Bofinger: Wirtschaftsweiser fordert Lohnplus von fünf Prozent“ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/peter-bofinger-wirtschaftsweiser-fordert-lohnplus-von-fuenf-prozent-a-875948.html>.

schaftlichen Forderung von jeweils 5,0 %. Die IG Metall positionierte sich also in verschiedenen Branchen und Tarifbereichen am unteren Rand des Forderungsspektrums, Das führte allerdings, wie die Ergebnisse zeigen, nicht zwingend zu niedrig(er)en Abschlüssen. Die NGG forderte wie bereits 2012 für ihre Branchen zwischen 5 und 6 % sowie tarifliche Mindestentgelte von 8,50 € Um die 6 % forderten die Gewerkschaften in der Kautschukindustrie (5,8 %), in der Landwirtschaft (5,9 %), im Energiebereich (RWE) und bei der Deutschen Post AG (jeweils 6,0 %). In vielen weiteren Branchen belief sich die Tarifforderung auf 6,5 % (siehe Übersicht). Die IG BAU lag mit ihrer Forderung von 6,6 % für das Bauhauptgewerbe an der Spitze der größeren Tarifbranchen. In vielen Branchen wurden auch soziale Komponenten in Form von Mindest erhöhungen gefordert. In einzelnen Fällen wurden auch Tarifforderungen in Form von festen Eurobeträgen aufgestellt.

Zwei Branchen fielen mit ihrem Forderungsvolumen aus dem Rahmen üblicher Lohnrunden. In beiden Fällen handelt es sich um ausgesprochene Niedriglohnbranchen: Im Gebäudereinigerhandwerk forderte die IG BAU eine Erhöhung der untersten Stundenlöhne in zwei Stufen um 70/65 ct (West) bzw. 98/98 ct (Ost), was einer Erhöhung um knapp 15 % (West) bzw. knapp 26 % (Ost) im Zeitraum von zwei Jahren entspricht. Im Bewachungsgewerbe Nordrhein-Westfalen ging ver.di noch weiter: Die Gewerkschaft forderte für die unterste Lohngruppe (8,15 €/Std.) eine Erhöhung um 2,50 € was einer Steigerung um 30,7 % entspricht. Erklärtes Ziel war es, die Branche mit ihren Einkommen aus dem Niedriglohnsektor herauszuführen (siehe Punkt 3.3).

Neben den reinen Entgeltforderungen spielten in einigen Tarifbereichen auch qualitative Tarifforderungen eine Rolle: Sie bezogen sich u. a. auf die Übernahme der Ausgebildeten, die Weiterentwicklung von Demografie-Tarifverträgen, die Fortschreibung von Altersteilzeitregelungen und die betriebliche Altersversorgung.

Der Kündigungsterminkalender gab folgenden zeitlichen Ablauf der Tarifrunde vor:

- Ende Dezember 2012 liefen die Tarifverträge für den öffentlichen Dienst (Länder), für die Deutsche Bahn AG, die Wohnungswirtschaft, die Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie und einige Energiekonzerne aus.
- Im Februar 2013 endete die Laufzeit der Verträge in der Eisen- und Stahlindustrie und in weiteren Bereichen der Energiewirtschaft.
- Ende März folgten das Bauhauptgewerbe, das Versicherungsgewerbe und einige Bereiche des Einzelhandels und des Groß- und Außenhandels.
- Ende April standen die Verträge in der Metall- und Elektroindustrie, in der Kautschukindustrie, in weiteren Bereichen des Einzel- und Großhandels sowie des Kfz-Gewerbes zur Verhandlung an.
- Ende Mai folgten die Papierindustrie, das Textilreinigungsgewerbe und weitere Bereiche des Kfz-Gewerbes und des ostdeutschen Einzelhandels.
- Im Juni stand u. a. das Volkswagenwerk auf dem Tarifkalender.

Wegen der lang laufenden Abschlüsse aus den Vorjahren gibt es in einigen Branchen in diesem Jahr keine Lohnrunde. Das gilt beispielsweise für den öffentlichen Dienst (Bund

und Gemeinden), das Bankgewerbe, die chemische Industrie, die Deutsche Telekom AG und zahlreiche kleinere Branchen (siehe WSI-Kündigungsterminkalender). Ein Blick auf die **Tarifabschlüsse** zeigt für das erste Halbjahr folgendes Bild:

### Februar

Die ersten Abschlüsse erfolgten in verschiedenen Bereichen der Energiewirtschaft. Am 6.2. vereinbarten ver.di und IG BCE mit der *Tarifgemeinschaft Energie* (u.a. E.ON) eine Tarifsteigerung von 2,8 % ab 1.1.2013 und einer zusätzlichen Einmalzahlung von 300 € bei einer Gesamtlaufzeit von 13 Monaten. Für *RWE* wurde am 25.2. eine Pauschalzahlung von 250 €, eine Tarifsteigerung von 2,75 % ab 1.2.2013 und eine Stufenanhebung von 1,75 % ab 1.2.2014 mit einer Laufzeit von insgesamt 24 Monaten vereinbart.

### März

Am 6.3. erreichte die IG Metall in der westdeutschen *Eisen- und Stahlindustrie* einen Abschluss mit einer Tarifsteigerung von 3,0 % ab 1.3.2013 mit einer Laufzeit von 15 Monaten.

Im *öffentlichen Dienst (Länder)* erfolgte der Abschluss nach kräftigen Warnstreiks am 9.3. in der 3. Verhandlungsrunde: Er sieht eine Tarifierhöhung von 2,65 % rückwirkend ab dem 1.1. vor, eine Stufenerhöhung von 2,95 % ab dem 1.1.2014 bei einer Laufzeit von insgesamt 24 Monaten (siehe Punkt 3.1).

Für die *Deutsche Bahn AG* vereinbarte die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) am 25.3. eine Pauschalzahlung von 500 € insgesamt für Januar bis April, eine Tarifierhöhung von 3,0 % ab 1.5.2013 und eine Stufenanhebung von 3,0 % ab 1.4.2014 bei einer Gesamtlaufzeit von 19 Monaten.

### April

Die IG BAU vereinbarte für das *Bauhauptgewerbe* am 5.4. in der 3. Verhandlungsrunde nach einem Nullmonat eine Tarifierhöhung von 3,2 % (West) und 4,0 % (Ost) ab 1.5.2013 mit einer Laufzeit von 13 Monaten.

Am 7.4. wurde der heftige und langanhaltende Tarifkonflikt im *Bewachungsgewerbe NRW* durch Schlichtung beigelegt. Ver.di konnte für die unterste Lohngruppe eine Anhebung der Tarifvergütung um 10,5 % und für die Passagierkontrolle um 18,9 % (!) jeweils in einem Zeitraum von zwei Jahren durchsetzen. Dies stellt zweifelsohne den höchsten Abschluss der diesjährigen Tarifrunde dar (siehe Punkt 3.3).

Im *privaten Transport- und Verkehrsgewerbe NRW* umfasste der Abschluss vom 8.4. eine Tarifierhöhung nach drei Nullmonaten von 2,8 % ab 1.6.2013 bei einer Laufzeit von 15 Monaten.

Ebenfalls am 8.4. erfolgte der Abschluss im *Hotel- und Gaststättengewerbe* Bayern mit einer Pauschale von 45 € für den März und einer Tarifsteigerung von 4,0 % ab 1.4.2013 bei einer Laufzeit von 17 Monaten.

In der *Kautschukindustrie* erreichte die IG BCE am 10.4. eine Tarifierhebung von 2,1 % ab 1.5.2013 und eine Stufenanhebung von weiteren 1,1 % ab 1.1.2014 mit einer Laufzeit von 26 Monaten.

Für die *Deutsche Post AG* vereinbarte ver.di nach mehrtägigen Warnstreiks am 26.4. nach 4 Nullmonaten (April bis Juli) eine Tarifierhebung von 3,1 % ab 1.8.2013 sowie eine Stufenerhöhung von 2,6 % ab 1.10.2014. Die Laufzeit beträgt 26 Monate. Die Tarifbeschäftigten sollen mindestens eine Tarifierhöhung von 2.200 € bezogen auf die Laufzeit erhalten, ggf. erfolgt eine ergänzende Einmalzahlung.

### **Mai**

In der *Metall- und Elektroindustrie* vereinbarte die IG Metall nach umfangreichen Warnstreiks im gesamten Bundesgebiet am 14.5. einen Pilotabschluss in Bayern, der nach zwei Nullmonaten eine Tarifsteigerung von 3,4 % ab 1.7.2013 und eine Stufenanhebung von weiteren 2,2 % ab 1.5.2014 umfasst. Die gesamte Laufzeit beträgt 20 Monate. Der Abschluss für die *Volkswagen AG* vom 28.5. hat ein vergleichbares Volumen und enthält zusätzlich einen Rentenbaustein von 300 € (siehe Punkt 3.2).

Im *Kfz-Gewerbe* erfolgte der erste Abschluss am 22.5. ebenfalls für Bayern. Auch hier gab es zunächst zwei Nullmonate, anschließend ab 1.7. eine Tarifsteigerung von 2,8 % und weitere 2,8 % ab 1.8.2014 bei einer Laufzeit von 24 Monaten.

### **Juni**

Für das *Versicherungsgewerbe* erreichte ver.di am 7.6. ein Tarifergebnis, das nach vier Nullmonaten eine Erhöhung der Tarifvergütungen um 3,2 % ab 1.8.2013 und um weitere 2,2 % ab 1.10.2014 vorsieht. Die Gesamtlaufzeit beträgt 24 Monate.

Im *Groß- und Außenhandel* beinhaltet der erste regionale Abschluss für Baden-Württemberg vom 14.6. nach zwei Nullmonaten eine Tarifierhebung um 3,0 % ab 1.6.2013 sowie eine weitere Anhebung um 2,1 % ab 1.4.2014 und eine zusätzliche Einmalzahlung.

Am 20.6. schließlich erreichte die IG BAU nach monatelangen Verhandlungen in der 5. Runde für das *Gebäudereinigerhandwerk* folgenden Abschluss: eine Tarifierhebung nach zwei Nullmonaten um 3,4/5,3 % ab 1.1.2014 (West/Ost) und weitere 2,6/3,1 % ab 1.1.2015 (West/Ost). Das Tarifniveau Ost wird dadurch von 84 auf 86 % angehoben. Bis spätestens Januar 2019 soll die Tarifangleichung vollständig realisiert sein.

Nicht abgeschlossen war zum Redaktionsschluss die Tarifrunde im Einzelhandel. Hier geht es nicht nur um eine normale Lohnrunde, denn die Arbeitgeberverbände hatten im Vorfeld bundesweit alle Manteltarifverträge gekündigt (siehe Punkt 4).

**Übersicht 1: Ausgewählte Tarifforderungen und -abschlüsse in der Tarifrunde 2013**

Ab-schluss	Tarifbereich	Forderung	Lohn, Gehalt, Entgelt	
			2013	2014
31.01.	<b>Landwirtschaft</b>	5,9 %	Bundesempfehlung Landwirtschaft (wird in regionale Tarifverträge umgesetzt): 230 € Pauschale insg. für 11/2012 bis 02/2013 <b>3,7 %</b> ab 03/2013	<b>2,8 %</b> ab 07/2014 bis 06/2015
06.02	<b>Tarifgemeinschaft Energie (u. a. E.ON)</b>	6,5 %	<b>2,8 %</b> ab 01/2013 bis 01/2014 300 € zusätzliche Einmalzahlung	
25.02.	<b>Holz- und Kunststoff Westfalen-Lippe</b>	5,0 %	2 Nullmonate <b>3,0 %</b> ab 03/2013 bis 04/2014	
25.02.	<b>Tarifgruppe RWE</b>	6,0 %	250 € Pauschale für 01/2013 <b>2,75 %</b> ab 02/2013	<b>1,75 %</b> ab 02/2014 bis 12/2014
01.03.	<b>Steinkohlenbergbau</b>	Reallohn-zuwachs	630 € Pauschale insg. für 01 bis 03/2013 <b>3,5 %</b> ab 04/2013 bis 12/2014	
06.03.	<b>Stahlindustrie NRW, Niedersachsen und Bremen</b>	5,0 %	<b>3,0 %</b> ab 03/2013 bis 05/2014	
09.03.	<b>Öffentlicher Dienst Länder</b>	6,5 % mit sozialer Komponente	<b>2,65 %</b> ab 01/2013	<b>2,95 %</b> ab 01/2014 bis 12/2014
11.03.	<b>Energiewirtschaft Ost (AVEU)</b>	6,5 %	550 € Pauschale insg. für 03 bis 04/2013 <b>2,8 %</b> ab 05/2013	<b>1,8 %</b> ab 05/2014 bis 04/2015 275 € zusätzliche Einmalzahlung
25.03.	<b>Deutsche Bahn AG</b>	6,5 %	500 € Pauschale insg. für 01 bis 04/2013 <b>3,0 %</b> ab 05/2013	<b>3,0 %</b> ab 04/2014 bis 07/2014
05.04.	<b>Bauhauptgewerbe</b>	6,6 %	1 Nullmonat <b>3,2 %</b> West, Berlin-Ost <b>4,0 %</b> Ost jew. ab 05/2013 bis 04/2014	
07.04.	<b>Bewachungsgewerbe NRW</b>	rd. 30 %*	unterste Gruppe: <b>5,8 %</b> ab 05/2013  Aviation: <b>10,0 %</b> ab 05/2013	<b>4,4 %</b> ab 01/2014 bis 12/2014  <b>8,1 %</b> ab 01/2014 bis 12/2014
08.04.	<b>Hotels und Gaststätten Bayern</b>	120 €	45 € Pauschale für 03/2013 <b>4,0 %</b> ab 04/2013 bis 07/2014	
08.04.	<b>Priv. Transport u. Verkehr NRW</b>	6,5 %, mind. 125 €	3 Nullmonate <b>2,8 %</b> ab 06/2013 bis 05/2014	
10.04.	<b>Kautschuk-industrie</b>	5,8 %	<b>2,1 %</b> ab 05/2013	<b>1,1 %</b> ab 01/2014 bis 06/2014
19.04.	<b>Brauereien NRW</b>	5,5 %	<b>2,7 %</b> ab 02/2013	<b>2,4 %</b> ab 02/2014 bis 12/2014

19.04	<b>Textilindustrie Ost</b>	5,0 %	60 € Pauschale für 04/2013 <b>3,0 %</b> ab 05/2013	<b>2,6 %</b> ab 07/2014 bis 03/2015
26.04.	<b>Deutsche Post AG</b>	6,0 % mind. 140 €	4 Nullmonate <b>3,1 %</b> ab 08/2013	<b>2,6 %</b> ab 10/2014 bis 05/2015 (Mindesterrhöhung von 2.200 € je AN bezogen auf die Laufzeit)
14.05.	<b>Metallindustrie</b>	5,5 %	2 Nullmonate <b>3,4 %</b> ab 07/2013	<b>2,2 %</b> ab 05/2014 bis 12/2014
22.05.	<b>Kfz-Gewerbe Bayern</b>	5,5 %	2 Nullmonate <b>2,8 %</b> ab 07/2013	<b>2,8 %</b> ab 08/2014 bis 04/2015
28.05.	<b>Volkswagen AG</b>	5,5 %	2 Nullmonate <b>3,4 %</b> ab 09/2013 275 € Einmalzahlung bzw. 300 € Altersvorsorgebetrag	<b>2,2 %</b> ab 07/2014 bis 02/2015
07.06.	<b>Versicherungsgewerbe</b>	6,5 % mind. 160 €	4 Nullmonate <b>3,2 %</b> ab 08/2013	<b>2,2 %</b> ab 10/2014 bis 03/2015
14.06.	<b>Groß- und Außenhandel Baden-Württemberg</b>	6,5 % mind. 140 €	2 Nullmonate <b>3,0 %</b> ab 06/2013	<b>2,1 %</b> ab 04/2014 bis 03/2015 90 € Einmalzahlung
20.06.	<b>Gebäudereinigerhandwerk</b>	uG: 2 Stufen W: 70/65 ct. O: 98/98 ct.	2 Nullmonate	<b>3,4/5,3 %</b> ab 01/2014 (West/Ost) <b>2,6/3,1 %</b> ab 01/2015 (West/Ost)

\* Unterste Lohngruppe: +2,50 € (bislang: 8,15 €/Std.), Aviation: von 12,15 € auf 16,00 €/Std.

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 20. Juni 2013

## 2. Ergebnisse im gesamtwirtschaftlichen Überblick

Im 1. Halbjahr des Jahres 2013 schlossen die Gewerkschaften des DGB Einkommenstarifverträge für rund *8,7 Mio.* Beschäftigte ab, darunter rund 1,2 Mio. in den neuen Bundesländern. Das entspricht etwa 45 % der von Tarifverträgen erfassten ArbeitnehmerInnen.

Die **durchschnittliche Abschlussrate** einschließlich aller Stufenanhebungen, die während der Laufzeit der Verträge wirksam werden, beträgt **5,3 %** (West: 5,2 %, Ost: 5,6 %). Berücksichtigt werden bei der Abschlussrate **nur die tabellenwirksamen** Tarifanhebungen, während Pauschal- und zusätzliche Einmalzahlungen außen vor bleiben.

Berücksichtigt man ausschließlich die **im Jahr 2013 in Kraft tretenden Tariferhöhungen**, ergibt sich eine Abschlussrate von **3,2 %** (West: 3,2 %, Ost: 3,2 %). Damit liegt die Abschlussrate, die in 2013 wirksam wird, um 0,7 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr (2012: 3,9 %). Differenziert man diese Größe nach Wirtschaftsbereichen, dann ergibt sich in diesem Jahr folgende Streuung: Am unteren Ende liegt der Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherung mit 2,7 %, gefolgt von den Bereichen Energie- und Wasserversorgung, Bergbau sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit 2,9 %. Mit 3,0 % schließen sich folgende Bereiche an: Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, Verbrauchsgütergewerbe, Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und Han-

del. Der Bereich Kreditinstitute/Versicherungsgewerbe hat eine Abschlussrate von 3,2 %, das Investitionsgütergewerbe folgt mit 3,3 %, anschließend das Baugewerbe und die privaten Dienstleistungen ohne Erwerbscharakter mit 3,4 % und den höchsten Wert weist mit 3,6 % der Bereich Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft auf.

Für rund 85 % der Beschäftigten mit Neuabschlüssen traten die Tarifsteigerungen mit zeitlicher Verzögerung in Kraft. Überwiegend waren es ein oder zwei Verzögerungsmonate. Lediglich 8 % der betroffenen Beschäftigten erhielten für diese **Nullmonate** Pauschalzahlungen, und zwar durchschnittlich 100 € pro Verzögerungsmonat. Die **Laufzeit** der neu abgeschlossenen Tarifverträge beträgt im Durchschnitt 20,7 Monate, das sind rund dreieinhalb Monate mehr als im vergangenen Jahr. Kürzere Laufzeiten weist das Baugewerbe mit 13,4 Monaten auf, längere Laufzeiten ergaben sich mit 24 Monaten im Handel und in den Bereichen Kreditinstitute/Versicherungsgewerbe sowie Gebietskörperschaften, Sozialversicherung.

Die Aussagekraft der tariflichen Abschlussrate ist begrenzt, weil sie die Laufzeit und die Lage des Tarifabschlusses im Jahresverlauf nicht in Rechnung stellt. Generell gilt: Aussagen zur Veränderung von wirtschaftlichen Kennziffern müssen auf einen festen Zeitraum normiert werden, um vergleichbar zu sein. Veränderungsdaten beziehen sich in der Regel auf das Kalenderjahr. Für einen Vergleich mit den zentralen makroökonomischen Größen ist daher ausschließlich die jahresbezogene Tarifierhöhung mit Bezug auf das Vorjahr methodisch zulässig und verwendbar. Nur die Erhöhung der Tarifentgelte des Berichtsjahres im Vergleich zum Vorjahr kann sinnvoll zur Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts, der Lebenshaltungskosten, der Arbeitsproduktivität, der Gewinne u. ä. in Beziehung gesetzt werden, da diese ebenfalls auf Jahresbasis ermittelt werden (vgl. genauer Bispinck 2011a).

Die **jahresbezogene Steigerung** der Tarifverdienste bringt - anders als die Abschlussrate - die Steigerung des durchschnittlichen tariflichen Monatsentgelts des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahr zum Ausdruck. Einbezogen werden bei dieser Größe auch die Pauschalzahlungen, z. B. für verzögert in Kraft getretene Neuabschlüsse, und zusätzliche Einmalzahlungen.

Auf der Basis der vorliegenden *diesjährigen* Abschlüsse (Stichtag 20.6.2013) beträgt die kalenderjährliche Erhöhung der Tarifverdienste für 2013 durchschnittlich 2,9 %. Für jene Wirtschaftszweige und Tarifbereiche, für die bereits im vergangenen Jahr oder früher Tarifanhebungen für das gesamte Jahr 2013 vereinbart wurden, errechnet sich eine jahresbezogene Steigerung von 2,6 %.

Insgesamt ergibt sich für 13,2 Mio. Beschäftigte eine durchschnittliche **Tarifsteigerung für das Jahr 2013 von 2,8 %**. Dieses Gesamtergebnis für 2013 wird also durch die Abschlüsse aus den Vorjahren etwas nach unten gedrückt, die für 4,5 Mio. Beschäftigte gelten, während die Neuabschlüsse in diesem Jahr bislang 8,7 Mio. Beschäftigte betreffen.

Tabelle 1: Tarifsteigerung 2013 <sup>1</sup>

Wirtschaftsbereich	West		Ost		Gesamt	
	AN in 1000	%	AN in 1000	%	AN in 1000	%
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	83,0	2,7	61,8	3,1	144,8	<b>2,9</b>
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	119,6	3,7	22,5	3,5	142,1	<b>3,6</b>
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	727,2	2,4	85,3	3,0	812,5	<b>2,5</b>
Investitionsgütergewerbe	3.764,4	3,0	378,0	3,1	4.142,4	<b>3,0</b>
Verbrauchsgütergewerbe	754,5	2,4	130,7	2,7	885,2	<b>2,4</b>
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	274,9	2,8	22,2	2,8	297,1	<b>2,8</b>
Baugewerbe	610,5	3,1	162,3	4,1	772,8	<b>3,3</b>
Handel	554,7	2,5	67,3	2,5	622,0	<b>2,5</b>
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	737,6	2,4	91,5	2,6	829,1	<b>2,4</b>
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	386,8	2,3	30,7	2,3	417,5	<b>2,3</b>
Private Dienstleistungen, Org. o. Erwerbszweck	1.260,6	2,7	298,8	4,3	1.559,4	<b>3,0</b>
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2.054,2	2,6	516,9	2,6	2.571,1	<b>2,6</b>
<b>Gesamte Wirtschaft</b>	<b>11.328,0</b>	<b>2,7</b>	<b>1.868,0</b>	<b>3,2</b>	<b>13.196,0</b>	<b>2,8</b>

<sup>1</sup> Jahresbezogene Erhöhung 2013 gegenüber 2012

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 20.06.2013

Die kalenderjährliche Tarifsteigerung von voraussichtlich 2,8 % für dieses Jahr liegt geringfügig über der Höhe des Vorjahres (2012: 2,7 %). Angesichts der geschätzten Preissteigerungsrate von jahresdurchschnittlich 1,6 % wird mit dieser Tarifierhöhung gesamtwirtschaftlich in diesem Jahr eine merkliche tarifliche Reallohnsteigerung erreicht. Der neutrale Verteilungsspielraum aus Preisanstieg und Produktivitätssteigerung wird voraussichtlich ausgeschöpft.

Zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen ergeben sich deutliche Unterschiede. Die Spannweite variiert zwischen 2,3 % im Bereich Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe und 3,6 % im Bereich Energie- und Wasserversorgung, Bergbau. Dazwischen liegen beispielsweise das Verbrauchsgütergewerbe mit 2,4 %, das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit 2,5 %, die Gebietskörperschaften, Sozialversicherung mit 2,6 %, das Investitionsgütergewerbe mit 3,0 % und das Baugewerbe mit 3,3 %.

Der Unterschied zwischen der tariflichen Abschlussrate für 2013 von 3,2 % und der jahresbezogenen Tarifsteigerung von 2,8 % geht im Wesentlichen auf zwei Faktoren zurück: Zum einen treten die Tarifierhebungen häufig erst im Laufe dieses Jahres in Kraft und wirken damit nicht auf das gesamte Kalenderjahr (dies gilt gleichermaßen für die Pauschalzahlungen für Verzögerungsmonate), zum anderen gibt es mögliche Basiseffekte aus dem Vorjahr. So haben z. B. Pauschalzahlungen eine senkende Wirkung: Während sie die Summe der Tarifvergütungen im Vorjahr erhöhen, entfallen sie im Folgejahr.

Das **Tarifniveau Ost/West** hat sich im vergangenen halben Jahr nicht erhöht, es beträgt für die tariflichen Grundvergütungen der mittleren Gruppe auf der Basis von Tarifbereichen mit 1,6 Mio. erfassten Beschäftigten zur Jahresmitte 2013 nach wie vor 97,0 %.

### 3. Ausgewählte Tarifrunden

Die Tarifrunden im öffentlichen Dienst der Länder und in der Metallindustrie haben die Tarifrunde 2013 maßgeblich geprägt. Aber auch der Tarifkonflikt im Bewachungsgerwerbe fand eine große Aufmerksamkeit, weil hier mit besonderer Konsequenz das Problem des tariflichen Niedriglohneinkommens angegangen wurde. Diese drei Tarifbewegungen werden im Folgenden in der zeitlichen Abfolge der Verhandlungen in Verlauf und Ergebnis dargestellt und analysiert.

#### 3.1 Öffentlicher Dienst - Länder

##### Ausgangssituation und Forderungen

Im Kernbereich des öffentlichen Dienstes besteht seit 2005 eine Spaltung in zwei Tarifbereiche: Bund und Gemeinden auf der einen Seite und die Länder auf der anderen Seite. Die Tarifverträge laufen zeitlich seitdem nicht mehr parallel. In diesem Jahr stand der Tarifbereich der Länder auf dem tarifpolitischen Kalender, die Verträge waren Ende 2012 ausgelaufen, während die Verträge für Bund und Gemeinden noch bis Ende 2013 laufen. Der letzte Tarifabschluss für die Länder aus dem Jahr 2011 hatte neben einer Pauschalzahlung von 360 € für die erste drei Monate eine zweistufige Entgelterhöhung von 1,5 % ab April 2011 und weiteren 1,9 % zuzüglich eines Sockelbetrages von 17 € ab Januar 2012 vorgesehen. Für Bund und Gemeinden gab es 2012 einen dreigliedrigen Abschluss mit Anhebungen von 3,5 % ab März 2012 sowie zweimal je 1,4 % ab Januar und August 2013. Damit waren zugleich auch Orientierungsmarken für die diesjährige Tarifrunde bei den Ländern gesetzt.<sup>2</sup>

Am 11.12.2012 beschloss die ver.di-Tarifkommission ihre Forderungen:

- Entgelterhöhung um 6,5 % mit sozialer Komponente und 100 € mehr für Auszubildende bei einer Laufzeit von 12 Monaten
- Erhöhung der Feuerwehrzulage um 25 € und deren Dynamisierung
- Verhandlungen über Einschränkungen befristeter Arbeitsverhältnisse
- verbindliche Übernahme der Ausgebildeten

Ver.di stellte in den Mittelpunkt der Argumentation, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Anschluss an die allgemeine Einkommensentwicklung halten müssten. Die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst der Länder sei in den letzten Jahren deutlich hinter der privaten Wirtschaft zurückgeblieben. Auch gegenüber den Einkommen bei Bund und Kommunen bestehe ein Nachholbedarf. Nach den Berechnungen von ver.di macht er ab Januar 2013 etwa 2,25 % und ab August 2013 3,6 % aus. Zur Finanzierung der Forderungen verwies die Gewerkschaft vor allem auf die steigenden Steuereinnahmen und die optimistischen Prognosen des Arbeitskreises Steuerschätzung.

---

<sup>2</sup> Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) verhandelte für alle Bundesländer ausser Berlin und Hessen, die 2003 bzw. 2004 aus der TdL ausgeschieden waren. Seit Januar 2013 ist Berlin zwar wieder Mitglied, führt aber gemäß einem Vertrag aus dem Jahr 2010 seine Entgelte erst bis zum Jahr 2017 an das TdL-Niveau heran.

Außerdem wurde mit der Tarifierung der Eingruppierung der Lehrkräfte zum wiederholten Mal ein Thema aufgegriffen, das die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bereits seit Jahren verfolgt. Zwar gibt es seit Anfang 2012 eine neue Entgeltordnung für den TV-L, sie bezieht jedoch die Lehrkräfte nicht mit ein. Die Forderung nach einer Lehrkräfte-Entgeltordnung (L-ego) zielt darauf ab, die Eingruppierung auf Basis von Arbeitgeber-Richtlinien, wie sie seit 1961 geltende Praxis ist, durch eine tarifliche Entgeltordnung abzulösen. Mit diesem Versuch sind die ÖD-Gewerkschaften bereits mehrfach gescheitert.

Ein weiteres Thema der Tarifrunde waren die tariflichen Urlaubsregelungen. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hatte aufgrund einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts zur Unwirksamkeit der Altersstaffelung des Urlaubs bei Bund und Gemeinden die Regelungen zum Urlaub für die Länder-Beschäftigten gekündigt. Laut ver.di wollte die TdL zum Teil bei Neueinstellungen ab 2013 und einigen ArbeitnehmerInnen mit arbeitsvertraglichen Änderungen nur noch einen Urlaubsanspruch von 26 Arbeitstagen statt der bislang geltenden 26-30 gewähren. Diese Verschlechterung lehnte ver.di ab.

### **Verhandlungen und Ergebnis**

Die Verhandlungen begannen am 31.1.2013 mit der detaillierten Vorstellung und Begründung seitens der Gewerkschaften. Die Arbeitgeber, die erstmals mit dem Finanzminister Sachsen-Anhalts, Jens Bullerjahn (SPD), als Verhandlungsführer antraten, verwiesen vor allem auf die verfassungsrechtliche Schuldenbremse, die die Länder verpflichte, bis 2020 ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Die Länder seien durch Personalausgaben stärker belastet als Bund oder Kommunen. Je höher der Abschluss ausfalle, umso weniger könne auf die Beamten/innen übertragen werden. Ein Angebot legten sie in der ersten Runde nicht vor.

Die Tarifgespräche wurden am 14.2. in Potsdam fortgesetzt. Die detaillierte Diskussion des gesamten Forderungspakets führte in keinem Punkt zu einer Einigung oder auch nur einer Teileinigung. Zur Frage der Lehrkräfteeingruppierung wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Ein Angebot wurde seitens der TdL wiederum nicht vorgelegt, so dass ver.di und die anderen ÖD-Gewerkschaften zu Warnstreiks in zwei Wellen vor der 3. Tarifrunde aufriefen. Daran beteiligten sich rund 150.000 Beschäftigte. Nach Gewerkschaftsangaben lag die Zahl höher als in den Tarifbewegungen 2009 und 2011. In der 3. Verhandlungsrunde, die am 7.3. begann, konnte dann nach dreitägigen Verhandlungen am 9.3. eine **Einigung** mit folgenden Elementen erzielt werden.

- Erhöhung des Tarifentgelts um 2,65 % ab 1.1.2013 sowie eine Stufenerhöhung von 2,95 % ab 1.1.2014
- Erhöhung der Ausbildungsvergütungen zum gleichen Zeitpunkt um 50 €/2,95 %
- Laufzeit von 24 Monaten bis 31.12.2014

- Urlaub: von 26 bis 30 Arbeitstagen, gestaffelt nach Lebensjahren, auf 30 Tage für alle Beschäftigten ab 2013 (für Auszubildende 27 Tage); 1 Tag Zusatzurlaub für Beschäftigte in Zentren für Psychiatrien in Baden-Württemberg
- befristete Übernahme von Ausgebildeten für 12 Monate bei dienstlichem/betrieblichem Bedarf, bei entsprechender Bewährung Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis
- unverzügliche Verhandlungsaufnahme nach dem 30.4.2013 über den Geltungsbereich des TV-L für die Beschäftigten an Theatern und Bühnen mit künstlerischen Tätigkeiten
- Maßregelungsklausel

Zu tariflichen Regelungen bei befristeter Beschäftigung waren die Arbeitgeber nicht bereit. Auch zur Tarifierung der Eingruppierung für Lehrkräfte konnte keine Einigung erreicht werden. Die GEW erklärte, dass die TdL ein Angebot vorgelegt hätte, das fast inhaltsgleich mit dem Angebot aus der Tarifrunde 2011 war und schon damals als nicht verhandelbar zurückgewiesen wurde.

Verhandlungskommission und Bundestarifkommission von ver.di bewerteten das materielle Ergebnis positiv, wenn auch das Fehlen einer sozialen Komponente bedauert wurde. „Damit halten die Länderbeschäftigten Anschluss an die Gehaltsentwicklung der übrigen Bereiche im öffentlichen Dienst und in der Gesamtwirtschaft“, so bewertete der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske den Abschluss. Es sei ein echter Erfolg, dass für alle Länderbeschäftigten einheitlich 30 Tage Urlaub vereinbart werden konnten. In der anschließenden Mitgliederbefragung, die bis zum 9.4. durchgeführt wurde, sprachen sich bei ver.di gut 90 % der betroffenen Mitglieder für die Annahme der Tarifeinigung aus.

Bei der GEW fiel die Zustimmung deutlich geringer aus, sie betrug im bundesweiten Schnitt rund 78 %. Nach dem Misserfolg in Sachen L-ego beriet die GEW auf einer tarifpolitischen Strategiekonferenz vom 8.-10.4. in Merseburg über das weitere Vorgehen. Im Ergebnis entschied sich die Gewerkschaft dafür, in Zukunft die Frage der Entgeltordnung nicht mehr mit der TdL, sondern mit den einzelnen Bundesländern zu verhandeln. Dabei soll die L-ego-Thematik dann auch mit anderen Tariffragen gemeinsam behandelt werden.

Für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes Hessen erzielte ver.di am 15./16.4. ein Tarifergebnis, das mit einer zweistufigen Entgelterhöhung von je 2,8 % (ab 1.7.2013 und 1.1.2014) das Volumen des bundesweiten Abschlusses erreichte. Außerdem erhalten die Beschäftigten zwei Einmalzahlungen von 450 € für Januar bis Juni 2013 und 225 € für Januar bis März 2014. Die Urlaubsregelungen entsprechen ebenfalls dem Bundesergebnis. Die Zustimmung der Mitglieder lag bei über 93 %.

### 3.2 Metall- und Elektroindustrie

#### Ausgangslage und Forderungen

Eine relativ kurze Tarifrunde mit einer intensiven Warnstreikphase und einer Abschlussrate unterhalb des Vorjahresniveaus - das sind die Charakteristika der Metalltarifverhandlungen des Jahres 2013. Wie in den vergangenen Jahren stand auch 2013 die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Nach wie vor setzt diese Branche die Orientierungsmarke für die jeweilige Tarifrunde, auch wenn das „pattern bargaining“, bei dem die anderen Branchen dem vorgegebenen Tarifabschluss der Leitbranchen mehr oder minder folgen, schon seit geraumer Zeit nicht mehr so funktioniert, wie das in früheren Zeiten der Fall war (Bispinck 2011b). Der Metallabschluss des Jahres 2012 lief Ende April 2013 aus. Er hatte eine Anhebung der Tarifentgelte um 4,3 % nach einem Nullmonat mit einer Laufzeit von 13 Monaten zum Inhalt. Außerdem einigten sich die Tarifparteien der Branche im vergangenen Jahr auf Regelungen zur Übernahme der Ausgebildeten und vereinbarten Rahmenbedingungen für den Einsatz von Leiharbeitskräften. Große Bedeutung hatte zudem der parallel abgeschlossene Tarifvertrag mit den Arbeitgeberverbänden der Zeitarbeit über Branchenzuschläge für Leiharbeitsbeschäftigte in der Metall- und Elektroindustrie (WSI-Tarifbericht 2012).

In diesem Jahr zeichnete sich bereits früh eine reine Entgeltrunde ab, denn qualitative Themen standen nicht auf der tarifpolitischen Tagesordnung. In der gewerkschaftsinternen Forderungsdiskussion spielte neben der gesamtwirtschaftlichen Lage auch die Branchenentwicklung eine maßgebliche Rolle. Ähnlich wie bereits im Vorjahr war eine eher verhaltene wirtschaftliche Entwicklung zu beobachten. Die IG Metall betonte jedoch, dass sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für 2013 nach der Unsicherheit im zweiten Halbjahr 2012 stabilisiert hätten und sowohl für die Gesamtwirtschaft wie auch für die M+E-Industrie eine positive Tendenz aufwiesen.

Am 4.3.2013 veröffentlichte der IG Metall-Vorstand seine Forderungsempfehlung. Sie sah eine Tarifierhöhung von bis zu 5,5 % bei einer Laufzeit von 12 Monaten vor. Dieser Empfehlung folgten die regionalen Tarifkommissionen. Die Tarifkommission des Nordverbundes (Schleswig-Holstein, Hamburg, nordwestliches Niedersachsen, Unterweser und Mecklenburg-Vorpommern) forderte explizit auch eine „soziale Komponente“. Die IG Metall bezifferte den verteilungsneutralen Spielraum für Lohnerhöhungen auf annähernd 3,5 %, bei einer angenommenen Preissteigerungsrate von 2 % und einer Produktivitätssteigerung von rund 1,5 %. Sie begründete ihre darüber hinaus gehende Forderung mit einem „konjunkturgerechten Zuschlag“. Lohnzuwächse über den verteilungsneutralen Spielraum aus Preis- und Produktivitätssteigerung hinaus schaffen, so die IG Metall, zusätzliches Einkommen. Das sei 2013 der richtige Weg. Der konjunkturgerechte Zuschlag wirke in der aktuellen Situation wie ein Stabilitätsanker für die gesamte Wirtschaft. Darüber hinaus griff die IG Metall auch die Debatte um die Rolle der Löhne in Deutschland für die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Europa auf. Sie verwies auf die große Bedeutung des Euroraums für die deutsche Exportwirtschaft und argumentierte, dass eine dynamische, auf stärkere private Nachfrage gestützte Wirt-

schaftsentwicklung bei uns auch den Euro-Raum stabilisiere (IG Metall Argumente zur Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie).

Gesamtmetall reagierte bereits auf die Forderungsempfehlung mit der erwartbaren Ablehnung. Sie bezeichnete die Empfehlung als „grotesk“ und verwies darauf, dass es in der M+E-Industrie seit 2002 Lohnsteigerungen von 30 % gegeben habe. Die Tarifsteigerung von 2012 sei der höchste Zuwachs seit 20 Jahren gewesen und selbst in der tiefsten Krise der Nachkriegszeit habe es eine Reallohnsicherung gegeben. Das Argument der IG Metall, über den Tarifabschluss auch die private Binnennachfrage zu steigern, sei nicht nachvollziehbar. Der Beitrag der Metallindustrie zur Stärkung der Binnenkonjunktur seien die 250.000 neuen Arbeitsplätze, die nach der Krise geschaffen worden seien. Die Metallarbeitgeber formulierten ihrerseits Anforderungen an den neuen Abschluss: Der neue Gesamtmetall-Präsident Rainer Dulger forderte eine möglichst lange Laufzeit und einen „flexiblen Abschluss, der die unterschiedliche Geschäftslage der Betriebe berücksichtigt“ (Wirtschaftswoche 11.3.2013). Außerdem bezeichnete er die bestehenden Zuschlagsregelungen für Spät- und Nachtarbeit als „nicht mehr zeitgemäß“, allerdings sei dies kein Thema der aktuellen Tarifrunde.

### **Verhandlungen**

Insgesamt benötigten die Tarifparteien nur knapp zwei Monate und vier Verhandlungsrunden, um zu einem Ergebnis zu kommen. Die regionalen Verhandlungen starteten mit einer ersten Runde beginnend am 19.3.2013 in Bayern und der Mittelgruppe (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland) gefolgt am 21. und 22.3. von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, die in der Vergangenheit häufig als Pilotbezirke fungiert hatten.

In der 2. Runde legten die Arbeitgeber am 19.4. in Bayern ein erstes Angebot vor, welches dann auch in allen anderen regionalen Verhandlungen der 2. Runde präsentiert wurde, die am 25.4. in Thüringen ihren Abschluss fanden. Dieses sah nach 2 Nullmonaten (Mai und Juni) eine Erhöhung der Entgelte ab 1.7. um 2,3 % bei einer Laufzeit von insgesamt 13 Monaten bis Ende Mai 2014 vor. Die IG Metall wies das Angebot als völlig unzureichend zurück. Berücksichtige man Nullmonate und Laufzeit ergebe sich daraus faktisch lediglich eine Tariferhöhung um 1,9 %.

Mit Ablauf der Friedenspflicht Ende April rief die IG Metall ab dem 1.5. zu Warnstreiks auf, an denen sich bis zum 8.5. rund 400.000 Beschäftigte aus über 1.700 Betrieben beteiligten. Nachdem die 3. Verhandlungsrunde in Baden-Württemberg und Bayern am 7. und 8.5. ebenfalls ergebnislos endete, hielt die IG Metall den Druck auf die Arbeitgeber mit weiteren Warnstreiks vor der 4. Runde am 13./14.5. aufrecht. Allein in Baden-Württemberg beteiligten sich rund 70.000 ArbeitnehmerInnen an Aktionen und Warnstreiks. Am 13.5. trennten sich die Tarifparteien in Baden-Württemberg ohne Einigung, es gelang laut IG Metall jedoch, Lösungsmodelle zu erarbeiten. Die von den Arbeitgebern geforderte Öffnungsklausel für die betriebliche Anwendung eines Tarifergebnisses lehnte die IG Metall erneut ab.

## Ergebnis

In der 4. Verhandlungsrunde am 14.5. konnte dann für die bayerische Metall- und Elektroindustrie eine Tarifeinigung mit folgendem Inhalt erzielt werden: Nach zwei Nullmonaten (Mai und Juni) erhöhen sich die Entgelte um 3,4 % ab 1.7. sowie um weitere 2,2 % ab Mai 2014. Die gesamte Laufzeit beträgt 20 Monate bis Dezember 2014. Die Möglichkeit einer betrieblichen Abweichung von dem Ergebnis sieht der Abschluss ausdrücklich nicht vor. Der Pilotabschluss wurde zwischen dem 16. und 27.5. in allen anderen Tarifregionen übernommen.

Die Metallarbeitgeber zeigten sich mit dem Ergebnis sehr zufrieden.<sup>3</sup> Sie stellten heraus, dass durch die lange Laufzeit Planungssicherheit für die Betriebe geschaffen worden sei. Durch die zwei Nullmonate werde die „hohe Vorbelastung“ aus dem Vorjahr „abgefedert“. Der Verhandlungsprozess habe gestrafft werden können mit einem schnellen Pilotabschluss als Ergebnis. Das erstmals nach zwei Jahrzehnten wieder ein Abschluss in Bayern erzielt wurde, trage der tarifpolitischen Bedeutung des Landes Rechnung.

Die IG Metall sah in dem Abschluss ein „gutes“ Ergebnis. „Die Beschäftigten“, so der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber, „werden mit 5,6 Prozent höheren Entgelten über die gesamte Laufzeit fair und angemessen an der wirtschaftlichen Entwicklung beteiligt“.<sup>4</sup> Mit dieser Entgelterhöhung sichere die IG Metall den Belegschaften ein deutliches Plus. "Unsere Tarifverträge garantieren seit langen Jahren mindestens die Inflationsrate plus den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt als Entgelterhöhung. Diese gute Linie schreiben wir mit dem heutigen Ergebnis fort", sagte Huber. Die IG Metall betonte in ihrer Bewertung, dass die umfangreichen Warnstreiks maßgeblich zur Durchsetzung des Ergebnisses beigetragen hätten. Nach Angaben der Gewerkschaft beteiligten sich über 760.000 Beschäftigte aus knapp 3.000 Betrieben an Aktionen und Warnstreiks. Allerdings gab es gewerkschaftsintern auch eine kritische Debatte. Sie bezog sich auf Anlage und Koordination der Tarifrunde, auf die relativ lange Laufzeit des Abschlusses von 20 Monaten, nachdem das erste Arbeitgeberangebot zunächst nur eine Laufzeit von 13 Monaten vorgesehen hatte, und auch auf die Art der Darstellung des Ergebnisses („5,6 %“). Im Nachgang zur Tarifrunde soll in den Bezirken eine interne Diskussion über die Anlage künftiger Tarifbewegungen geführt werden.

Die in unmittelbarer zeitlicher Nähe geführten Verhandlungen bei der **Volkswagen AG** kamen am 28.5. zu einem vergleichbaren Ergebnis wie in der Metallindustrie. Zusätzlich konnte die IG Metall die Zahlung eines Rentenbausteins im Wert von 300 € durchsetzen. Dabei besteht die Möglichkeit, den Rentenbaustein in eine Einmalzahlung in Höhe von 275 € umzuwandeln. Damit sah sie ihr Ziel eines Ergebnisses oberhalb des Branchenabschlusses („Fläche plus“) erreicht.

---

<sup>3</sup> Gesamtmetall-Informationen für die Presse 18/2013 „Planungssicherheit, Weitblick, Fairness“.

<sup>4</sup> IG Metall Pressemitteilung Nr. 28/2013 vom 15.5.2013 Berthold Huber: Tarifergebnis garantiert Beschäftigten 5,6 Prozent mehr Geld.

### 3.3 Bewachungsgewerbe

#### 3.3.1 Ausgangslage

Die Tarifrunde im Bewachungsgewerbe Nordrhein-Westfalens stellt das herausragende Ereignis des Tarifjahres 2013 dar. Forderung, Durchführung und Ergebnis überraschten die Öffentlichkeit ebenso wie die professionellen Beobachter und Tarifexperten. Das Bewachungsgewerbe (auch Wach- und Sicherheitsgewerbe bzw. Sicherheitswirtschaft) zählt zu den Niedriglohnbereichen in der deutschen Wirtschaft. Die Niedriglohnanalyse des Statistischen Bundesamtes auf Basis der Verdienststrukturerhebung 2010 weist für die privaten Wach- und Sicherheitsdienste einen Niedriglohnanteil von 60,3 % aus und selbst für tarifgebundene Betriebe liegt er danach noch bei 51,8 %. Der entsprechende Schwellenwert betrug 10,36 € (Statistisches Bundesamt 2012).

Die Daten lassen erkennen, dass auch die tarifliche Vergütung zu wünschen übrig lässt. Dies belegt auch eine aktuelle Analyse des WSI-Tarifarchivs: 68 % aller tariflichen Vergütungsgruppen der Branche lag Ende 2012 unter Stundenlohn von 10 € und knapp die Hälfte blieb unter dem von den Gewerkschaften als Mindestlohn geforderten Stundenlohn von 8,50 €. Dabei zeigt sich allerdings ein deutliches regionales Gefälle: Vor allem in den ostdeutschen Tarifgebieten aber auch in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Rheinland-Pfalz fällt der Anteil der tariflichen Niedriglohngruppen besonders hoch aus (Bispinck/WSI-Tarifarchiv 2013).

Die Tariflandschaft im Bewachungsgewerbe ist vielschichtig: Tarifvertragsparteien der Branche sind ver.di und der Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW) bzw. seine Landesverbände. Manteltarifverträge bestehen sowohl auf Landes- wie auch auf Bundesebene. Löhne und Gehälter werden dagegen nur auf Landesebene verhandelt. Dabei existieren in manchen Bundesländern eigene Verträge für bestimmte Bereiche und Beschäftigtengruppen (z.B. Geld und Wert). Die Laufzeiten der regionalen Verträge sind nicht einheitlich. In einigen Ländern wurden seit einigen Jahren keine neuen Vergütungstarifverträge mehr abgeschlossen, die alten Verträge befinden sich in der Nachwirkung bzw. es wurden Abschlüsse mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) des Christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB) vereinbart. Für die Mehrheit der Tarifbereiche laufen die bestehenden Lohn- und Gehaltstarifverträge bis Ende 2013. Nur in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen liefen die Vergütungstarifverträge Ende Dezember 2012 aus, so dass neue Tarifverhandlungen anstanden. In Baden-Württemberg wurde bereits am 6.12.2012 ein neuer Vertrag geschlossen.<sup>5</sup> In Hamburg enthielt der Lohntarifvertrag von 2012 eine Klausel, die Verhandlungen spätestens im November 2012 über Erhöhungen der Lohngruppe nach § 5 Luftsicherheitsgesetz (Luftsicherheitsassistenten) vorsah.

In NRW beschloss die Tarifkommission nach intensiver Diskussion im November 2012 ihre **Forderungen**:

---

<sup>5</sup> Ver.di hatte in Baden-Württemberg eine Tariflohnerhöhung von 6 % gefordert und für die Stundenlöhne im Bereich Aviation eine Anhebung auf 13 € bzw. 13,50 € Im Schnitt stiegen die Tariflöhne dann um 2,9 % und im Aviation-Bereich um 8,2 % bei einer Laufzeit von 12 Monaten.

- 2,50 €/Std. mehr für die Beschäftigten in den Lohngruppen 1-16 und 19
- Erhöhung der Löhne im Bereich Aviation auf 16 € für Beschäftigte nach §§ 5, 8 und 9 Luftsicherheitsgesetz (LuftSiG)
- Erhöhung der Löhne der Werkfeuerwehr auf das Niveau des öffentlichen Dienstes
- Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 100 €
- Erhöhung der Gehälter um 150 € monatlich
- neue Eingruppierungsregeln
- Laufzeit von 12 Monaten

Umgerechnet auf den Stundenlohn in der untersten Lohngruppe von 8,15 € bedeuten 2,50 € eine Anhebung um 30,7 %. Im Aviation-Bereich beträgt der Stundenlohn für Luftsicherheitsassistenten nach § 5 LuftSiG 12,36 €, eine Anhebung auf 16 € entspricht einer Steigerung um 29,4 %. Diese Forderungen, noch dazu verknüpft mit einer Laufzeit von 12 Monaten, waren ein überdeutliches Signal, dass die herkömmliche Begründungsstruktur für Tarifforderungen für ver.di zumindest in dieser Tarifbewegung keine Gültigkeit hatte. Es ging der Gewerkschaft nicht um einen Ausgleich für die steigenden Lebenshaltungskosten und eine Teilhabe der Beschäftigten an der steigenden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Arbeitsproduktivität). Alleiniger Maßstab war ein auskömmlicher Lohn: *„Wir wollen weg von Niedriglöhnen und hin zu einem Lohn, der zum Leben reicht“*, hieß es in einem ver.di-Flugblatt zur Tarifbewegung.

### 3.3.2 Verhandlungen und Ergebnis

Diese Forderung traf auf einen unvorbereiteten Arbeitgeberverband. In den vergangenen Jahren hatten sich die Tarifsteigerungen in der Branche insgesamt und auch in NRW im herkömmlichen Rahmen gehalten, sie lagen unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Offenkundig unter dem Eindruck des Forderungspakets legten die Arbeitgeber bereits in der 1. Verhandlungsrunde am 7.12.2012 ein Angebot vor, das folgende Punkte umfasste:

- 0,40 € mehr für die Lohngruppen 1-4, 6-16 und 19
- 0,52 € mehr für Lohngruppe 5
- 0,75 € mehr für Beschäftigte nach §§ 8 und 9 LuftSiG
- 1,14 € mehr für Beschäftigte nach § 5 LuftSiG
- 0,38 € mehr bei Löhnen der Werksfeuerwehr
- Laufzeit 12 Monate

Zu den übrigen Forderungen gab es keine Angebote. Bezogen auf die unterste Lohngruppe bedeutete das Angebot von 0,40 € eine Steigerung um 4,9 % und im Aviation-Bereich um 8,3 bzw. 9,2 %. Bereits dieses erste Angebot lag damit höher als jeder andere Abschluss in dieser Tarifrunde. Gleichwohl klaffte eine riesige Lücke zur gewerkschaftlichen Forderung. Ver.di forderte also eine „deutliche“ Erhöhung des Angebots. Die 2. Verhandlungsrunde am 18.12. brachte keine substantielle Verbesserung, einen weiteren von ver.di vorgeschlagenen Verhandlungstermin lehnte der Arbeitgeberver-

band ab. Daraufhin sah ver.di keine realistische Verhandlungsperspektive mehr und erklärte die Verhandlungen für gescheitert.

Am 24. und 25.1. kam es zu ganztägigen Streiks an den Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn sowie am 28.1. zu Arbeitsk Kampfmaßnahmen am Kernbrennelementezwischenlager in Ahaus und bei der Werksfeuerwehr des Chemiewerks Solvay in Rheinberg. Nach Angaben von ver.di gab es eine Streikbeteiligung von bis zu 90 % und mehr. In der Folge der Streiks trafen die Tarifparteien am 7.2. zu einem Sondierungsgespräch zusammen, das aber ohne Ergebnis abgebrochen wurde. Ver.di setzte daraufhin weitere Streiks an. Ganztägige Arbeitsniederlegungen fanden am 14.2. am Düsseldorfer sowie am 15. und 18.2. am Kölner Flughafen statt. Es folgte ein „Tag der Bewachung“ am 19.2. in Düsseldorf und ein weiterer sechsständiger Streik an den Flughäfen anlässlich der Luftsicherheitstage am 21.2.

Aufgrund des wachsenden Einigungsdrucks trafen sich die Verhandlungsparteien am 26.2. zu einem Sonderungsgespräch und am 1.3. zu einer offiziellen 3. Verhandlungsrunde, die wiederum ergebnislos blieb. Den bereits zu Jahresbeginn gemachten und mehrfach wiederholten Arbeitgebervorschlag, die Schlichtung anzurufen, lehnte ver.di immer wieder mit der Begründung ab, die Positionen der Parteien lägen für ein erfolgversprechendes Schlichtungsverfahren noch zu weit auseinander. Stattdessen kam es vom 7. bis 15.3. zu mehreren ganztägigen Streiks an den beiden Flughäfen und anderen betrieblichen Kampfmaßnahmen. Am 18.3. folgte die 4. Verhandlungsrunde. Die Arbeitgeber stockten nun erstmals ihr Angebot im Bereich der Bewachung um 2 Cent auf. Für 2014 sollten die Lohnsteigerungen deutlich geringer ausfallen als in 2013. Das reichte erwartungsgemäß nicht für eine Einigung, aber die Tarifparteien verständigten sich auf eine Schlichtung unter Vorsitz des Landesschlichters von NRW, Bernhard Pollmeyer. Die Schlichtungsverhandlungen fanden am 27.3. und 5.4. statt. Der Schlichterspruch fand die Zustimmung der Arbeitgeberseite und wurde auch von der ver.di-Tarifkommission einstimmig angenommen. Er sah nach 4 Nullmonaten (Januar bis April) die Anhebung der Lohngruppen zum 1.5.2013 sowie eine Stufenanhebung zum 1.1.2014 vor und zwar in folgender Höhe:

- **Unterste Lohngruppe:** + 5,8/4,4 % (Gesamterhöhung **10,5 %**)
- Fracht-, Personen- und Warenkontrolle an Verkehrsflughäfen: + 8,3/8,2 % (insgesamt 17,2 %)
- **Passagierkontrolle:** + 10,0/8,1 % (insgesamt **18,9 %**)
- im Durchschnitt aller Lohngruppen: + 4,7/3,9 % (insgesamt 8,8 %)
- Gehälter und Ausbildungsvergütungen: + 3,5/3,5 %
- Erhöhung der Zulage in der Personen- und Warenkontrolle an Verkehrsflughäfen auf 1,50 €
- Laufzeit: 24 Monate
- Verhandlungsverpflichtung für eine neue Lohnstruktur
- Wiederinkraftsetzen des Manteltarifvertrages

Das Ergebnis führte indirekt auch zu einer Einigung im Tarifgebiet Hamburg. Dort hatte ver.di für die Luftsicherheitsassistenten ebenfalls nach mehreren Streikaktionen am

11.3. ein erstes Verhandlungsergebnis erzielt, das eine Tarifsteigerung von gut 15 % beinhaltete. In einer Mitgliederbefragung sprachen sich jedoch 75 % nicht für die Annahme, sondern für eine Schlichtung aus. Diese fand, nach dem Abschluss in NRW, erneut unter Vorsitz des NRW-Landesschlichters Pollmeyer statt und führte zu einem verbesserten Ergebnis von ebenfalls rund 18 % Tarifsteigerung bis Ende 2014.

In NRW sprachen sich in der anschließenden Mitgliederbefragung 87,04 % für die Annahme des Schlichterspruchs aus. Ver.di bewertete den Abschluss durchweg positiv: „Durch die hohe Streikbereitschaft konnten wir eine neue Tarifpolitik in der Branche einleiten“, sagte ver.di-Verhandlungsführerin Andrea Becker. Ver.di habe die Niedriglöhne in der Branche noch nicht beseitigt, konnte sie aber wesentlich stärker als in anderen Branchen anheben. Die Richtigkeit dieser Einschätzung zeigt sich insbesondere bei den für die Gewerkschaft zentralen Vergütungsgruppen: Die unterste Lohngruppe, in der laut ver.di über 70 % der Beschäftigten eingruppiert sind, steigt in zwei Jahren um 10,5 %, die Lohngruppe der Beschäftigten in der Passagierkontrolle erhöht sich im gleichen Zeitraum sogar um 18,9 %. Diese Abschlussraten liegen zwei- bis dreifach so hoch wie die durchschnittlichen Abschlussraten der länger laufenden Tarifabschlüsse dieser Tarifrunde.

Die Gründe für diesen Erfolg sind vielschichtig: Zum einen ist es ver.di gelungen, seine Forderung und vor allem ihre Begründung in der Öffentlichkeit gut zu verankern. Die Polemik der Arbeitgeber gegen die „unzumutbare“ 30 %-Forderung verding nicht, weil ver.di sich auf die Prozentrechnung gar nicht erst einließ, sondern konsequent bei ihrer Grundaussage blieb, dass sie Löhne durchsetzen wolle, von denen die Beschäftigten leben können. Diese Argumentation fiel auch insofern auf fruchtbaren Boden, weil der gesellschaftliche Unmut über sich ausbreitende Niedriglöhne und Lohndumping mittlerweile weit verbreitet ist. Das hat dazu geführt, dass die Sympathien der Öffentlichkeit und auch der unmittelbar betroffenen Passagiere lange Zeit auf Seiten der Beschäftigten blieben und es nicht zum gefürchteten Spießrutenlaufen für die Gewerkschaft kam. Zum andern nutzte ver.di erfolgreich die Durchsetzungskraft der gut organisierten und kampfstarken Beschäftigten im Sicherheitsbereich der Flughäfen für die gesamte Branche und überspielte damit die relative Schwäche im regulären Bewachungsgewerbe.

#### 4. Ausblick

Ein großer Tarifkonflikt dieses Jahres ist zur Jahresmitte nicht einmal ansatzweise gelöst: Im **Einzelhandel** befinden sich die Tarifparteien noch mitten in der Auseinandersetzung. Ver.di hatte sich auf eine reguläre Lohn- und Gehaltsrunde vorbereitet und forderte in der Mehrzahl der Tarifbereiche Festbeträge von 1 € je Stunde (= 163 bzw. 165 €/Monat in West bzw. Ost), in den meisten anderen Bereichen 6,5 % mindestens 140 €. Die Arbeitgeber ihrerseits kündigten Ende Januar in einer bundesweit abgestimmten Aktion alle regionalen Manteltarifverträge (außer in Hamburg) und forderten eine „Modernisierung“ der Mantelbestimmungen, konkret eine weitgehende Flexibilisierung der Arbeitszeit, eine verringerte Bezahlung der KassiererInnen, die Einführung

einer Niedriglohngruppe für die so genannte Warenverräumung, den Wegfall der Möglichkeit des Durchstiegs für Ungelernte in die Gelerntengruppe und die Streichung der Zuschläge für Spät- und Nacharbeit. Ver.di wies die Forderungen als einen massiven Angriff auf die Arbeitsbedingungen und Einkommen der Einzelhandelsbeschäftigten zurück und lehnte Verhandlungen ab. In der 3. Verhandlungsrunde am 24.6. in Baden-Württemberg legten die Arbeitgeber ein erstes Angebot über eine Tarifierhöhung von insgesamt 4 % über einen Zeitraum von zwei Jahren vor, knüpften es aber an die Bedingung, dass ver.di auch über Manteltarif- und Strukturthemen verhandelt.

In einigen weiteren Tarifbereichen stehen im 2. Halbjahr Lohn- und Gehaltsverhandlungen an. Ende September wird für das Maler- und Lackiererhandwerk und für das Gerüstbaugewerbe verhandelt. Ende Oktober laufen die Verträge für den Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau sowie für die Leih-/Zeitarbeit aus. Für die Leih-/Zeitarbeit laufen die Verhandlungen bereits. Ende Dezember 2013 laufen dann u. a. die Verträge für die Druckindustrie, die private Abfallwirtschaft und weitere kleinere Tarifbereiche aus. Eine grundsätzliche Veränderung des bislang beobachtbaren Trends der Tarifentwicklung steht nicht zu erwarten.

Die Tarifrunde 2014 wird zu Beginn bestimmt werden von den Verhandlungen in der chemischen Industrie, hier laufen die regionalen Verträge zwischen Ende Dezember 2013 und Ende Februar 2014 aus, und im öffentlichen Dienst (Bund und Gemeinden). Größere Branchen folgen dann mit dem Bankgewerbe, dem Bauhauptgewerbe (Ende April) und dem Eisen- und Stahlindustrie (Ende Mai). Die Verträge in der Metallindustrie laufen bis zum Jahresende 2014.

## Literatur:

- Bispinck, R.** (2011a): Welche materiellen Wirkungen hat ein Tarifabschluss?, Erläuterungen zur Tarifstatistik, in: Elemente qualitativer Tarifpolitik, Nr. 71. Düsseldorf
- Bispinck, R.** (2011b): Pay in the 2000s: development and outcomes, WSI Report, Nr. 6
- Bispinck, R./WSI-Tarifarchiv** (2013): Tarifliche Vergütungsgruppen im Niedriglohnbereich 2012. Eine Untersuchung in 41 Wirtschaftszweigen, Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 75, Düsseldorf
- Brenke, K./Wagner, G.** (2013): Ungleiche Verteilung der Einkommen bremst das Wirtschaftswachstum. In: Wirtschaftsdienst, Jg. 93, H. 2, S. 110-116
- Bundesagentur für Arbeit (BA)** (2012): Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Monatsbericht Dezember und Jahr 2012, Dezember 2012
- Statistisches Bundesamt** (2012): Niedriglohn und Beschäftigung 2010, Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 10. September 2012 in Berlin, Wiesbaden
- Stein, U./Stephan, S./Zwiener, R.** (2012): Zu schwache deutsche Arbeitskostentwicklung belastet Europäische Währungsunion und soziale Sicherung, IMK Report 77, November

# Anhang zum WSI-Halbjahresbericht 2013

## **Grafik:**

Erhöhung der Tarifverdienste 2013

## **Tabellen:**

### *Tabelle 1:*

Durchschnittliche Abschlussraten der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge Deutschland aus der Tarifrunde 2013 (vorläufige Ergebnisse)

### *Tabelle 2:*

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste Deutschland 2013

### *Tabelle 3:*

Tarifliche Grundvergütung in Ost und West zum 20.06.2013

### *Tabelle 4:*

Tarifliche Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz

## **Übersicht:**

Tarifabschlüsse in ausgewählten Tarifbereichen West und Ost im Jahr 2013

## Kalenderjährliche Erhöhung der Tarifverdienste 2013 gegenüber dem Vorjahr

<b>Gesamte Wirtschaft</b>	<b>2,8</b>	<i>in Prozent</i>
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	3,6	
Baugewerbe	3,3	
Investitionsgütergewerbe	3,0	
Private Dienstleistungen, Org. ohne Erwerbszweck	3,0	
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	2,9	
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	2,8	
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2,6	
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	2,5	
Handel	2,5	
Verbrauchsgütergewerbe	2,4	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2,4	
Kreditinstitute, Versicherungen	2,3	

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 20.6.2013

WSI Hans Böckler  
Stiftung

## Durchschnittliche Abschlussraten<sup>1</sup> der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus der Tarifrunde 2013 (vorläufige Ergebnisse)<sup>2</sup>

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)<sup>3</sup> -

Wirtschaftsbereich <sup>4</sup>		Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge			
		begünstigte Arbeiter	Erhöhungsraten <sup>5</sup> in % <sup>5</sup>	begünstigte Angestellte	Erhöhungsraten <sup>5</sup> in % <sup>5</sup>	begünstigte Arbeitnehmer	Erhöhungsraten <sup>5</sup> in % <sup>5</sup>	begünstigte Arbeitnehmer	Erhöhungsraten <sup>5</sup> in % <sup>5</sup>	davon: 2013 in Kraft getr. Tariferhöhung <sup>5</sup>	davon begünstigte Arbeitnehmer
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	20,2	6,8	5,2	6,8	17,6	5,3	43,0	6,2	3,6	43,0
	W	20,2	6,8	5,2	6,8	17,6	5,3	43,0	6,2	3,6	43,0
	O	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	18,6	3,8	5,9	3,7	112,2	4,4	136,7	4,3	2,9	136,7
	W	18,6	3,8	5,9	3,7	92,2	4,3	116,7	4,2	2,9	116,7
	O	-	-	-	-	20,0	4,7	20,0	4,7	2,8	20,0
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	106,4	3,8	51,0	4,1	74,2	4,2	231,6	4,0	3,0	231,6
	W	87,1	3,5	44,1	3,9	61,5	4,3	192,7	3,9	2,8	192,7
	O	19,3	5,2	6,9	5,0	12,7	4,0	38,9	4,8	3,8	38,9
Investitionsgütergewerbe	G	125,1	5,2	70,7	5,4	3.815,7	5,7	4.011,5	5,7	3,3	4.011,5
	W	117,9	5,2	65,9	5,4	3.449,9	5,7	3.633,7	5,7	3,3	3.633,7
	O	7,2	5,7	4,8	5,7	365,8	5,7	377,8	5,7	3,3	377,8
Verbrauchsgütergewerbe	G	182,9	3,4	68,1	3,3	57,8	3,9	308,8	3,5	3,0	308,8
	W	147,7	3,0	58,3	3,0	24,5	3,4	230,5	3,1	3,0	230,5
	O	35,2	4,9	9,8	4,9	33,3	4,3	78,3	4,7	3,0	78,3
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	35,4	4,0	29,2	4,2	67,1	5,0	131,7	4,6	3,0	131,7
	W	35,4	4,0	29,2	4,2	59,2	5,0	123,8	4,5	3,0	123,8
	O	-	-	-	-	7,9	5,6	7,9	5,6	3,0	7,9
Baugewerbe	G	570,1	3,5	117,5	3,3	-	-	687,6	3,4	3,4	687,6
	W	441,2	3,3	106,2	3,2	-	-	547,4	3,3	3,3	547,4
	O	128,9	4,0	11,3	4,0	-	-	140,2	4,0	4,0	140,2
Handel	G	207,2	5,2	411,6	5,2	3,2	2,0	622,0	5,2	3,0	622,0
	W	178,6	5,2	373,5	5,2	2,6	2,0	554,7	5,2	3,0	554,7
	O	28,6	5,2	38,1	5,2	0,6	2,0	67,3	5,2	3,0	67,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	126,7	3,3	45,6	2,8	325,6	5,6	497,9	4,8	2,9	497,9
	W	126,7	3,3	45,6	2,8	251,0	5,6	423,3	4,6	2,8	423,3
	O	-	-	-	-	74,6	5,9	74,6	5,9	3,0	74,6
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	-	-	-	-	173,7	5,5	173,7	5,5	3,2	173,7
	W	-	-	-	-	160,8	5,5	160,8	5,5	3,2	160,8
	O	-	-	-	-	12,9	5,5	12,9	5,5	3,2	12,9
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	492,8	6,6	63,7	5,8	434,4	5,4	990,9	6,0	3,4	609,7
	W	405,5	6,4	46,9	5,8	353,9	5,2	806,3	5,8	3,5	496,4
	O	87,3	7,8	16,8	5,9	80,5	6,2	184,6	6,9	3,1	113,3
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	8,6	1,5	12,9	1,1	835,4	5,8	856,9	5,7	2,7	835,4
	W	8,6	1,5	12,9	1,1	641,5	5,8	663,0	5,6	2,7	641,5
	O	-	-	-	-	193,9	5,8	193,9	5,8	2,7	193,9
Gesamte Wirtschaft	G	<b>1.894,0</b>	<b>4,6</b>	<b>881,4</b>	<b>4,6</b>	<b>5.916,9</b>	<b>5,6</b>	<b>8.692,3</b>	<b>5,3</b>	<b>3,2</b>	<b>8.289,6</b>
	W	<b>1.587,5</b>	<b>4,5</b>	<b>793,7</b>	<b>4,5</b>	<b>5.114,7</b>	<b>5,6</b>	<b>7.495,9</b>	<b>5,2</b>	<b>3,2</b>	<b>7.164,5</b>
	O	<b>306,5</b>	<b>5,4</b>	<b>87,7</b>	<b>5,2</b>	<b>802,2</b>	<b>5,7</b>	<b>1.196,4</b>	<b>5,6</b>	<b>3,2</b>	<b>1.125,1</b>

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Einschließlich Ost-West-Niveaueinstellungen sowie Stufenerhöhungen, d.h. Lohn-, Gehalts- bzw. Entgelterhöhungen, die nicht beim Inkrafttreten des Tarifvertrages, sondern als weitere Erhöhung während der Laufzeit der neu abgeschlossenen Tarifverträge wirksam werden (ohne Pauschalzahlungen, ohne zusätzliche Einmalzahlungen und leistungsorientierte Vergütungsbestandteile, soweit nichts anderes angegeben).
- 2) Rundungsdifferenzen bei den Durchschnittswerten möglich.
- 3) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
- 4) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
- 5) Ohne rechnerischen Lohnausgleich für Wochenarbeitszeitverkürzungen bzw. -verlängerungen.

## Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste 2013<sup>1</sup> (Kalenderjährliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr - vorläufige Ergebnisse)<sup>2</sup>

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)<sup>3</sup> -

Wirtschaftsbereich <sup>4</sup>		Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge	
		AN	%	AN	%	AN	%	AN	%
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	105,0	3,0	22,2	2,9	17,6	2,1	144,8	2,9
	W	54,6	2,9	10,8	2,8	17,6	2,1	83,0	2,7
	O	50,4	3,1	11,4	3,1	-	-	61,8	3,1
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	18,6	4,1	5,9	4,5	117,6	3,5	142,1	3,6
	W	18,6	4,1	5,9	4,5	95,1	3,5	119,6	3,7
	O	-	-	-	-	22,5	3,5	22,5	3,5
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	130,9	2,6	59,5	2,8	622,1	2,4	812,5	2,5
	W	105,6	2,4	49,9	2,7	571,7	2,4	727,2	2,4
	O	25,3	3,3	9,6	3,1	50,4	2,8	85,3	3,0
Investitionsgütergewerbe	G	183,3	2,6	93,4	2,7	3.865,7	3,1	4.142,4	3,0
	W	176,0	2,6	88,5	2,7	3.499,9	3,1	3.764,4	3,0
	O	7,3	3,5	4,9	3,5	365,8	3,1	378,0	3,1
Verbrauchsgütergewerbe	G	497,8	2,4	226,8	2,3	160,6	2,9	885,2	2,4
	W	442,8	2,3	209,1	2,3	102,6	2,7	754,5	2,4
	O	55,0	2,4	17,7	2,3	58,0	3,1	130,7	2,7
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	70,7	2,8	63,1	2,8	163,3	2,8	297,1	2,8
	W	70,7	2,8	63,1	2,8	141,1	2,8	274,9	2,8
	O	-	-	-	-	22,2	2,8	22,2	2,8
Baugewerbe	G	638,3	3,3	134,5	3,1	-	-	772,8	3,3
	W	491,0	3,1	119,5	3,0	-	-	610,5	3,1
	O	147,3	4,2	15,0	3,8	-	-	162,3	4,1
Handel	G	207,2	2,5	411,6	2,5	3,2	2,0	622,0	2,5
	W	178,6	2,5	373,5	2,5	2,6	2,0	554,7	2,5
	O	28,6	2,5	38,1	2,5	0,6	2,0	67,3	2,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	307,3	2,5	141,0	2,4	380,8	2,4	829,1	2,4
	W	307,3	2,5	141,0	2,4	289,3	2,4	737,6	2,4
	O	-	-	-	-	91,5	2,6	91,5	2,6
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	-	-	-	-	417,5	2,3	417,5	2,3
	W	-	-	-	-	386,8	2,3	386,8	2,3
	O	-	-	-	-	30,7	2,3	30,7	2,3
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	541,8	2,8	103,2	2,7	914,4	3,1	1.559,4	3,0
	W	444,5	2,4	83,9	2,6	732,2	2,8	1.260,6	2,7
	O	97,3	4,7	19,3	3,3	182,2	4,2	298,8	4,3
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	11,6	1,3	20,7	1,1	2.538,8	2,6	2.571,1	2,6
	W	11,5	1,3	19,5	1,1	2.023,2	2,6	2.054,2	2,6
	O	0,1	2,6	1,2	2,1	515,6	2,6	516,9	2,6
Gesamte Wirtschaft	G	<b>2.712,5</b>	<b>2,8</b>	<b>1.281,9</b>	<b>2,6</b>	<b>9.201,6</b>	<b>2,8</b>	<b>13.196,0</b>	<b>2,8</b>
	W	<b>2.301,2</b>	<b>2,6</b>	<b>1.164,7</b>	<b>2,5</b>	<b>7.862,1</b>	<b>2,8</b>	<b>11.328,0</b>	<b>2,7</b>
	O	<b>411,3</b>	<b>3,8</b>	<b>117,2</b>	<b>2,9</b>	<b>1.339,5</b>	<b>3,0</b>	<b>1.868,0</b>	<b>3,2</b>

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Durchschnittliches tarifliches Monatsentgelt (Grundvergütung) 2013 gegenüber durchschnittlichem tariflichem Monatsentgelt (Grundvergütung) 2012 unter Berücksichtigung zusätzlicher Pauschal- und Einmalzahlungen.
- 2) Rundungsdifferenzen bei den Durchschnittswerten möglich.
- 3) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
- 4) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Tabelle 3:

## Tarifliche Grundvergütung<sup>1</sup> und Tarifniveau in Ost und West - ausgewählte Tarifbereiche -

Tarifbereich Ost/ Vergleichsbereich West	Vergü- tungsart	Tarifliche Grundvergütung/Monat <sup>2</sup>		
		Ost	West	Ost/West in %
<b>Landwirtschaft</b> Mecklenburg-Vorpommern/Bayern	L	1.437	2.069	69,5
<b>Energie- und Versorgungswirtschaft</b> Ost (AVEU)/ Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	E	2.707	2.994	90,4
<b>Eisen- und Stahlindustrie</b> Ost/NRW	L	2.084	2.084	100,0
	G	2.329	2.329	100,0
<b>Chemische Industrie</b> Ost/Berlin-West	E	2.948	3.051	96,6
<b>Kautschukindustrie</b> Ost/Hessen, Rheinland-Pfalz, Saar	E <sup>3</sup>	2.169	2.364	91,8
<b>Metall- und Elektroindustrie</b> Sachsen/Bayern	E	2.406	2.624	91,7
<b>Kfz-Gewerbe</b> Thüringen/Hessen	E	1.999	2.282	87,6
<b>Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie</b> Sachsen/Bayern	E	2.079	L: 2.336 G: 2.804	89,0 74,1
	L	2.267	2.277	99,6
<b>Papier verarbeitende Industrie</b> Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen/Hessen	G	2.631	2.631	100,0
	L	2.507	2.507	100,0
<b>Druckindustrie</b> Arb.: Ost/West Ang.: Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt/Hamburg, Schleswig-Holstein	G	2.649	2.649	100,0
	E	2.068	L: 2.076 G: 2.829	99,6 73,1
<b>Süßwarenindustrie</b> Ost/Baden-Württemberg	E	2.506	2.564	97,7
<b>Bauhauptgewerbe</b> Ost (ohne Berlin-Ost)/ West (ohne Berlin-West)	L	2.553	2.795	91,3
	G	2.069	2.263	91,4
<b>Großhandel</b> Sachsen-Anhalt/NRW	L	2.314	2.413	95,9
	G	2.162	2.358	91,7
<b>Einzelhandel</b> Brandenburg/Berlin-West	L	2.209	2.210	100,0
	G	2.214	2.214	100,0
<b>Deutsche Bahn AG Konzern</b> Ost/West <sup>4</sup>	E	2.158	2.158	100,0
<b>Deutsche Post AG</b>	E	2.432	2.432	100,0
<b>Deutsche Telekom AG</b> <sup>5</sup>	E	3.126	3.126	100,0
<b>Privates Transport- und Verkehrsgewerbe</b> Brandenburg (Speditionen u. Logistik)/Bayern	L	1.912	1.980	96,5
	G	1.787	2.420	73,8
<b>Bankgewerbe</b> (ohne Genossenschaftsbanken) Ost/West	E	2.817	2.817	100,0
<b>Versicherungsgewerbe</b> Ost/West	E	2.698	2.698	100,0
<b>Hotel- und Gaststättengewerbe</b> Sachsen/Bayern	E <sup>6</sup>	1.493	1.982	75,3
<b>Gebäudereinigerhandwerk</b> Arb.: Ost/West inkl. Berlin	L	1.875	2.231	84,0
<b>Öffentlicher Dienst</b> Ost/West Bund, Gemeinden Länder	E	2.544	2.544	100,0
	E	2.552	2.552	100,0

L = Lohn; G = Gehalt; E = Entgelt

- 1) Auf der Basis der tariflichen Tabellenvergütungen ohne Zulagen, Zuschläge und sonstige Zahlungen, soweit nichts anderes angegeben; Beträge ggfs. auf volle € gerundet.
- 2) Mittlere Gruppe (Endstufe) = unterste Gruppe für AN mit abgeschlossener, i.d.R. dreijähriger Ausbildung.
- 3) Stufe A.
- 4) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG; ohne Lokomotivführer.
- 5) Angaben im TV Jahresentgelt; Monatsentgelt eigene Berechnung.
- 6) Eingangsstufe.

**Tarifliche Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz und dem Arbeitnehmer-Überlassungsgesetz**  
in Euro/Stunde

	<b>Beschäftigten-/ Entgeltgruppe</b>	<b>Juli 2013</b>	<b>nächste Stufe</b>
<b>Abfallwirtschaft</b> (175.000 AN)	Mindestlohn	<b>8,68</b>	
<b>Bauhauptgewerbe</b> West (422.100 Arb.)	Werker	<b>11,05</b>	ab 01/2014 11,10*
	Fachwerker	<b>13,70</b>	13,95*
		<b>Berlin: 13,55</b>	13,80*
Ost (127.800 Arb.)	Werker	<b>10,25</b>	10,50*
<b>Bergbau-Spezial- gesellschaften</b> (2.500 Arb.)	Mindestlohn I	<b>11,53</b>	
	Mindestlohn II (Hauer/Facharbeiter)	<b>12,81</b> (ausgelaufen 03/2013)	
<b>Berufliche Aus- und Weiterbildung</b> (30.000 Ang.)			ab 01/2014
West inkl. Berlin	Pädagogische/r Mitarbeiter/in	<b>12,60</b>	13,00
Ost	Pädagogische/r Mitarbeiter/in	<b>11,25</b>	11,65
<b>Dachdeckerhandwerk</b> West und Ost (71.600 Arb.)	Mindestlohn	<b>11,20</b>	ab 01/2014 11,55*
<b>Elektrohandwerk</b> (Montage) (295.700 AN)			ab 01/2014
West	Mindestentgelt	<b>9,90</b>	10,00
Ost inkl. Berlin	Mindestentgelt	<b>8,85</b>	9,10
<b>Gebäudereinigerhandwerk</b> (700.000, sozialvers. 381.200 Arb.)			
West inkl. Berlin	Innen- und Unterhaltsreinigung	<b>9,00</b>	
	Glas- und Fassadenreinigung	<b>11,33</b>	
Ost	Innen- und Unterhaltsreinigung	<b>7,56</b>	
	Glas- und Fassadenreinigung	<b>9,00</b>	
<b>Gerüstbauerhandwerk</b> West und Ost (22.900 Arb.)	Mindestlohn	<b>10,00*</b>	
<b>Maler- und Lackiererhandwerk</b> West (91.400 Arb.)	ungelernter AN	<b>9,90</b>	
	Geselle	<b>12,15</b>	
Ost (22.400 Arb.)	Mindestlohn	<b>9,90</b>	
<b>Pflegebranche</b> (800.000 AN)			
West inkl. Berlin		<b>9,00</b>	
Ost		<b>8,00</b>	

\* Allgemeinverbindlichkeit noch nicht erklärt.

<b>Branche</b>	<b>Beschäftigten-/ Entgeltgruppe</b>	<b>Juli 2013</b>	<b>nächste Stufe</b>
<b>Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerk</b>			ab 05/2014
West inkl. Berlin (10.900 Arb.)	Mindestlohn	11,00*	11,25*
Ost (2.200 Arb.)	Mindestlohn	10,13*	10,66*
<b>Wach- und Sicherheitsgewerbe</b> (170.000 Arb.)			
Baden-Württemberg	Mindestlohn	<b>8,90</b>	
Bayern		<b>8,42</b>	
Bremen		<b>7,50</b>	
Hamburg		<b>7,50</b>	
Niedersachsen		<b>7,50</b>	
Nordrhein-Westfalen		<b>8,23</b>	
Hessen		<b>7,76</b>	
Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein		<b>7,50</b>	
Ost inkl. Berlin		<b>7,50</b>	
<b>Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft</b> (34.000 AN)			ab 08/2013
West	Mindestlohn	<b>8,00</b>	8,25*
Ost inkl. Berlin	Mindestlohn	<b>7,00</b>	7,50*
		(ausgelaufen 03/2013)	

**Noch nicht im Geltungsbereich des AEntG enthalten:**

<b>Forstliche Dienstleister</b> (Arb.)	Mindestlohn	<b>10,78*</b>	
---	-------------	---------------	--

\* Allgemeinverbindlichkeit noch nicht erklärt.

**Lohnuntergrenze nach § 3 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz**

West		<b>8,19</b>	
Ost inkl. Berlin		<b>7,50</b>	

# Übersicht über ausgewählte Tarifabschlüsse 2013

Die nachstehende Übersicht enthält neben den Abschlüssen aus der Tarifrunde 2013 auch Stufenerhöhungen und sonstige Zahlungen für 2013, die bereits in den Tarifrunden 2011/2012 vereinbart wurden.

## **Bankgewerbe** (ohne Genossenschaftsbanken), 243 800 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 2,5 % Stufenerhöhung ab 01.07.13, Laufzeit bis 30.04.14 aus Abschluss 2012.

## **Bauhauptgewerbe** West und Ost, 667 400 Arb./Ang. (IG BAU)

- *Lohn und Gehalt:* West/Berlin: Mindestlohn II von 13,40/13,25 auf 13,70/13,55 €/Std. ab 01.01.13; Ost: Mindestlohn von 10,00 auf 10,25 €/Std. ab 01.01.13 aus Abschluss 2011, Laufzeit jew. bis 31.12.13.  
Nach einem Nullmonat (April) 3,2/4,0 % West, Berlin-Ost/Ost ab 01.05.13, Laufzeit bis 30.04.14; Verringerung der Absenkungsmöglichkeiten in den Lohn-/Gehalts-TVen bzw. im Standortsicherungs-TV Berlin von 6 auf 4 %; Vereinbarung der TV-Parteien zur Erreichung eines bundeseinheitlichen Tarifniveaus bis 2022, Festlegung weiterer Angleichungsschritte in den nächsten Tarifrunden; Vereinbarung eines Stufenplans zur Erhöhung des Mindestlohnes I ab 01.01.14 auf bundesweit einheitlich 11,30 €/Std. ab 01.01.17, Erhöhung des Mindestlohnes II (West o. Berlin) um jew. 0,25 €/J. ab 01.01.14 auf 14,70 €/Std. ab 01.01.17.
- *Sonstiges:* Übernahmeregeln für Ausbildungsverhältnisse, die nach dem 01.01.14 enden; Einsetzung von Arbeitsgruppen zu den Themen "Konkurrenz Bauhauptgewerbe/GaLaBau" und "altersgerechte Gestaltung der Arbeitsplätze/gleitender Übergang in die Rente".

## **Deutsche Bahn AG Konzern** (hier die Unternehmen: DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG, DB Station & Service AG; bis 31.05.99 Deutsche Bahn AG), 134 000 AN (EVG)

- *Entgelt:* 500 € Pauschale insg. für Januar bis April, 3,0 % ab 01.05.13, 3,0 % Stufenerhöhung ab 01.04.14, Laufzeit bis 31.07.14.
- *Sonstiges:* Erhöhung der betrieblichen Altersversorgung um 1,0 % ab 01.07.14.

## **Deutsche Post AG**, 132 000 AN (ver.di)

- *Entgelt:* nach 4 Nullmonaten (April bis Juli) 3,1 % ab 01.08.13, 2,6 % Stufenerhöhung ab 01.10.14 (2.200 € Mindesthöhung bezogen auf die Laufzeit des ETV), Laufzeit bis 31.05.15.

## **Deutsche Telekom AG**, 9 000 AN (ver.di)

### *Schlichtungsergebnis:*

- *Entgelt:* 2,1 % Stufenerhöhung ab 01.01.13, 2,1 % weitere Stufenerhöhung ab 01.08.13, aus Abschluss 2012, Laufzeit bis 31.01.14.

## Deutsche Telekom Servicegesellschaften (DT Technik, DTTS, DTKS), 41 800 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 2,1 % Stufenerhöhung ab 01.01.13, 2,1 % weitere Stufenerhöhung ab 01.08.13, aus Abschluss 2012, Laufzeit bis 31.01.14.

## Tarifabschlüsse 2012

---

### **Druckindustrie**, 153 100 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: 150 € zusätzliche Einmalzahlung im Juli 2013 aus Abschluss 2011, Laufzeit bis 31.12.13.

### **Eisen- und Stahlindustrie** Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, 85 300 AN (IG Metall)

- *Entgelt*: 3,0 % ab 01.03.13, Laufzeit: 15 Monate bis 31.05.14.
- *Altersteilzeit*: Anhebung der Quote der Anspruchsberechtigten im TV Altersteilzeit von 4 auf 5 %, Aufstockung des Inflationsausgleichs auf die Abfindungen zum Rentenabschlag für neue Verträge von 1 auf 2 %.
- *Sonstiges*: Verlängerung des TV Beschäftigungssicherung.

### **Energie- und Versorgungswirtschaft Ost** (AVEU), 20 000 AN (IG BCE, ver.di)

- *Entgelt*: 550 € Pauschale insg. für März und April, 2,8 % ab 01.05.13, 1,8 % Stufenerhöhung ab 01.05.14, 275 € zusätzliche Einmalzahlung im Mai 2014, Laufzeit bis 30.04.15.

### **Gebäudereinigerhandwerk**, 381 200 Arb. (IG BAU)

- *Lohn*: 2,1/5,4 % Stufenerhöhung ab 01.01.13 jew. im Durchschnitt *West, Berlin-Ost/Ost* aus Abschluss 2011, Laufzeit bis 31.10.13; nach 2 Nullmonaten (November und Dezember) Erhöhung der untersten Gr. von 9,00 auf 9,31/9,55 € je Std. (West), von 7,56 auf 7,96/8,21 € je Std. (Ost) jeweils ab 01.01.14/15, entsprechende Erhöhung der übrigen LGr., Laufzeit bis 31.10.15; Einsetzen einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Stufenplans zur vollständigen Lohnangleichung des Ost- an das Westniveau bis spätestens Januar 2019.

*Erklärungsfrist*: 03.07.13

### **Groß- und Außenhandel** Nordrhein-Westfalen, 287 000 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: nach 2 Nullmonaten (Mai und Juni) 3,0 % ab 01.07.13, 2,1 % Stufenerhöhung ab 01.05.14, 90 € zusätzliche Einmalzahlung im Mai 2014, Laufzeit bis 30.04.15.

### Sachsen-Anhalt, 14 600 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: analog Nordrhein-Westfalen.

### **Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie** Westfalen-Lippe, 43 800 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt*: nach 2 Nullmonaten (Januar und Februar), 3,0 % ab 01.03.13; Laufzeit bis 30.04.14.

### Sachsen, 10 900 AN (IGM)

- *Entgelt*: analog Westfalen-Lippe.

### **Hotel- und Gaststättengewerbe** Bayern, 127 800 AN (NGG)

- *Entgelt*: 45 € Pauschale für März, 4,0 % ab 01.04.13, Laufzeit bis 31.07.14.

### Sachsen, 31 600 AN (NGG)

- *Entgelt*: nach einem Nullmonat (Mai) 3,1 % ab 01.06.13, 2,8 % Stufenerhöhung ab 01.05.14, Laufzeit bis 30.04.15.

### **Kautschukindustrie** Bundesgebiet West und Ost, 44 100 AN (IG BCE)

- *Entgelt:* 2,1 % ab 01.05.13, 1,1 % Stufenerhöhung ab 01.01.14, Laufzeit 14 Monate bis 30.06.14.

### **Kfz-Gewerbe** Bayern, 65 700 AN (IGM)

- *Entgelt:* nach 2 Nullmonaten (Mai und Juni), 2,8 % ab 01.07.13, 2,8 % Stufenerhöhung ab 01.08.14, Laufzeit bis 30.04.15.
- *Sonstiges:* Maßregelungsklausel.

### Sachsen-Anhalt, 11 500 AN (IGM)

- *Entgelt:* nach 2 Nullmonaten (Mai und Juni), 2,8 % ab 01.07.13, 2,8 % Stufenerhöhung ab 01.11.14, Laufzeit bis 30.04.15.

### **Landwirtschaft**, 154 000 Arb./Ang. (IG BAU)

#### *Bundesempfehlung* Landwirtschaft:

- *Lohn und Gehalt:* 230 € Pauschale insg. für November 2012 bis Februar 2013, 3,7 % ab 01.03.13, 2,8 % Stufenerhöhung ab 01.07.14, Laufzeit bis 30.06.15; *Saisonarbeitskräfte:* Wegfall der gesonderten TVe und Aufnahme in den Geltungsbereich der Lohn-TVe ab 2013/2014; Stufenplan zur Erreichung einer bundeseinheitlichen Lohnuntergrenze von 8,50 €/Std. ab 01.12.17; Streichung der Möglichkeit der individuellen Vereinbarung von Löhnen/Gehältern.

### **Metall- und Elektroindustrie**, 3 443 300 AN (IG Metall)

- *Entgelt:* nach 2 Nullmonaten (Mai und Juni) 3,4 % ab 01.07.13, 2,2 % Stufenerhöhung ab 01.05.14, Laufzeit bis 31.12.14; AN-Beitrag zur Finanzierung der Altersteilzeit gilt für die TV-Laufzeit als erbracht.
- *Sonstiges:* Maßregelungsklausel, die TV-Parteien streben eine dauerhafte Lösung der Finanzierung der Altersteilzeit an.

### **Öffentlicher Dienst** Bund und Gemeinden, Versorgungsunternehmen (TV-V), Nahverkehrsbetriebe Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Sachsen (TV-N), 1 382 100 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 1,4 % Stufenerhöhung ab 01.01.13, 1,4 % weitere Stufenerhöhung ab 01.08.13 aus Abschluss 2012, Laufzeit bis 28.02.14.

### Länder (ohne Hessen), 822 700 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 2,65/2,95 % Stufenerhöhung ab 01.01.13/14, Laufzeit bis 31.12.14.
- *Urlaub:* von 26 bis 30 Arbeitstagen, gestaffelt nach Lj., auf 30 Tage für alle AN ab 2013; 1 Tag Zusatzurlaub für AN in Zentren für Psychiatrien in Baden-Württemberg.
- *Sonstiges:* befristete Übernahme von Ausgebildeten für 12 Monate bei dienstlichem/betrieblichem Bedarf, bei entsprechender Bewährung Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis; unverzügliche Verhandlungsaufnahme nach dem 30.04.13 über den Geltungsbereich des TV-L für die AN an Theater und Bühnen mit künstlerischen Tätigkeiten; Maßregelungsklausel.

### Land Hessen, 50 300 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 450 € Pauschale insg. für Januar bis Juni, 2,8 % ab 01.07.13, 2,8 % Stufenerhöhung ab 01.04.14, 225 € zusätzliche Einmalzahlung im April 2014, Laufzeit bis 31.12.14.

## Tarifabschlüsse 2012

---

- *Urlaub*: Übernahme der Regelungen der übrigen Länder ab 01.01.13.
- *Sonstiges*: Übernahmeregelungen bzgl. der Ausgebildeten analog der übrigen Länder ab 01.08.13.

### **Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitende Industrie**, 67 700 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: 3,0 % Stufenerhöhung ab 01.11.13 aus Abschluss 2012, Laufzeit bis 31.08.14.

### **Privates Transport- und Verkehrsgewerbe** Nordrhein-Westfalen, 149 000 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: nach 3 Nullmonaten (März bis Mai) 2,8 % ab 01.06.13, Laufzeit bis 31.05.14.

### **Süßwarenindustrie** Nordrhein-Westfalen, Hessen, 20 200 AN (NGG)

- *Entgelt*: nach einem Nullmonat (Mai bzw. Juni) 3,0 % ab 01.06./01.07.13, 2,6 % Stufenerhöhung ab 01.06./01.07.2014, Laufzeit bis 31.03./30.04.15.

### Ost, 8 600 AN (NGG)

- *Entgelt*: 2,8 % Stufenerhöhung ab 01.02.13 aus Abschluss 2011, Laufzeit bis 31.01.14.

### **Steinkohlenbergbau** alle West-Bereiche, 18 400 Arb./Ang. (IG BCE)

- *Lohn, Gehalt*: 630 € Pauschale insg. für Januar - März, 3,5 % ab 01.04.13; Laufzeit: 24 Monate bis 31.12.14.
- *Sonderzahlung*: Absicherung der Jahresvergütung (zzt. 2156 €) bis 31.12.14.
- *Sonstiges*: Verlängerung der Mehrarbeitsregelung im TV zur Gestaltung des Anpassungsprozesses bis 31.12.14.

### **Textil- und Bekleidungsindustrie** West, 78 500 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt*: 240 € Pauschale insg. für Januar bis April 2013, 3,0 % ab 01.05.13, 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.06.14 aus Abschluss 2012, Laufzeit bis 31.10.14.

### **Textilindustrie** Ost, 9 800 AN (IGM)

- *Entgelt*: 60 € Pauschale für April, 3,0 % ab 01.05.13, 2,6 % Stufenerhöhung ab 01.07.14, Laufzeit bis 31.03.15.
- *Urlaubsgeld*: Erhöhung von 364 auf 375/400 € ab 2013/2014.
- *Sonstiges*: Übernahmeverpflichtung für Ausgebildete, Tarifvertrag zur Förderung einer demografischen Altersteilzeit, Erhöhung des AG-Beitrages zur betrieblichen Altersversorgung von 230 auf 360 €.

### **Versicherungsgewerbe**, 173 700 AN (ver.di)

- *Entgelt*: nach 4 Nullmonaten (April bis Juli) 3,2 % ab 01.08.13, 2,2 % Stufenerhöhung ab 01.10.14, je 150 € zusätzliche Einmalzahlung im August 2013 und Oktober 2014 für die beiden unteren Tarifgruppen A und B als soziale Komponente, Laufzeit bis 31.03.15.
- *Arbeitszeit, Sonstiges*: unveränderte Verlängerung des TV Altersteilzeit und der Vereinbarung zur AZ-Flexibilisierung (AZ-Korridor) bis 31.12.15; Maßregelungsverbot.

## **Aktuelle Publikationen**

### **Tarifpolitischer Halbjahresbericht 2013**

Eine Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2013

Düsseldorf, Juli 2013

31 Seiten, **6 €**

### **Tarifpolitischer Jahresbericht 2012**

Höhere Tarifabschlüsse und Erfolge bei Leiharbeit  
und Ausbildung

Düsseldorf, Januar 2013

55 Seiten, **10 €**

### **Tarifliche Vergütungsgruppen im Niedriglohnbereich 2012**

- Eine Untersuchung in 41 Wirtschaftszweigen -

Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 75

Düsseldorf, März 2013

ca. 30 Seiten, **5 €**

WSI-Mitteilungen - Schwerpunktheft – 7/2012

### **Stabilisierung des Flächentarifvertrages – Reform der Allgemeinverbindlicherklärung**

Koordinierung: Reinhard Bispinck und Thorsten Schulten

**Einzelheft 13,30 €**, ab 5 Hefte Staffelpreisrabatte

### **Förderung der Ausbildung durch Tarifvertrag im Jahr 2011**

Tarifliche Regelungen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen  
und zur Übernahme von Ausgebildeten

Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 74

Düsseldorf, März 2012

140 Seiten, **15 €**

### **Welche materiellen Wirkungen hat ein Tarifabschluss?**

Erläuterungen zur Tarifstatistik

Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 71

Düsseldorf, Juli 2011

6 Seiten, **5 €**

#### **zu bestellen bei:**

WSI-Tarifarchiv in der Hans-Böckler-Stiftung  
Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf  
Tel.: 0211/7778-248, Fax: 0211/7778-250  
E-Mail: Marion-Froemming@boeckler.de

**NEU!**

**WSI-Tarifarchiv 2013**  
**Statistisches Taschenbuch**  
**Tarifpolitik**



In rund 130 Tabellen, Übersichten und Schaubildern werden Informationen zu folgenden Schwerpunktthemen aufbereitet:

- Tarifvertragslandschaft
- Lohn und Gehalt
- Arbeitszeit
- Tarifbewegungen und Arbeitskämpfe
- Tarifregelungen in einzelnen Branchen

Die einzelnen Tabellen und Übersichten können im Internet auf der Website des WSI-Tarifarchivs abgerufen werden. Auch ein Download des gesamten Taschenbuchs ist möglich.

**Kostenlose Bestellung:**

Setzkasten GmbH,  
Kreuzbergstraße 56  
40489 Düsseldorf,  
Fax: +49 (0211) 4080090 - 40  
[mail@setzkasten.de](mailto:mail@setzkasten.de)  
Bestell-Nr.: 30381

Hiermit bestelle ich:

... Ex.  
**WSI-Tarifarchiv 2013**  
**Statistisches Taschenbuch**  
**Tarifpolitik**  
Düsseldorf, ca. 156 Seiten, kostenlos

Name: .....

Anschrift: .....

.....

.....

Datum/Unterschrift: .....